



Protokoll

der 32. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Donnerstag, den 19. Oktober 2023, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: *Salome Bessenich (SP), Pascaline Gallacchi (die Mitte/EVP).*

Verhandlungsgegenstände:

13.	Motion 1 Erich Bucher und Konsorten betreffend wirksame Entlastung der Basler Steuerzahlerinnen und Steuerzahler	2
14.	Motion 2 Joël Thüring betreffend ÖV neu denken – ÖV in der Innenstadt attraktiver gestalten	7
15.	Anzug 1 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Hebammengeleitete Geburtshilfe in den Spitälern	10
16.	Anzug 2 Barbara Heer und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Basels	10
17.	Anzug 3 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend “Mit OECD-Mehreinnahmen Armut in Basel reduzieren”	14
18.	Anzug 4 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Problemlösungen für die Konflikte auf dem Vorplatz des Bahnhofs SBB	19
19.	Anzug 5 Bruno Lötscher und Konsorten betreffend Veloroute Gellert-Jacob Burckhardt-Strasse-Gundeldingen	19
20.	Anzug 6 Joël Thüring betreffend Aufwertung des Vorplatzes / Eingangsbereich und der Wartezone für Busreisende am Bahnhof SBB	20
21.	Anzug 7 Christian von Wartburg und Lisa Mathys betreffend Basel als Gastgeberin eines «Europa-Konzils»	22
22.	Anzug 8 Johannes Sieber und Béla Bartha betreffend Stärkung der Rahmenbedingungen für die Film- und Kreativwirtschaft im Zusammenhang mit «Lex Netflix»	28
23.	Anzug 9 Joël Thüring betreffend Aufwertung für Gewerbe und Tourismus: Ein Taxistandplatz in Fussdistanz zum Marktplatz	28
24.	Anzug 10 Nicole Kuster und Konsorten betreffend Aufwertung der Uferböschung des Grossbasler Rheinufers durch den Bau von Baumterrassen	28
25.	Anzug 11 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelte sowie ökologisch aufgewertete Verkehrsinseln und Verkehrskreisel	28
26.	Anzug 12 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend einfachere Umsetzung Begegnungszonen	29



Beginn der 32. Sitzung

Donnerstag, 19. Oktober 2023, 09:00 Uhr

13. Motion 1 Erich Bucher und Konsorten betreffend wirksame Entlastung der Basler Steuerzahlerinnen und Steuerzahler

[19.10.23 09:00:08, 23.5383.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung. Eine Mitteilung in letzter Sekunde: Kaffeespense – Amina Trevisan feierte ihren 50. Geburtstag und hat eine Krankheit überwunden. Darüber sind wir froh und wir bedanken uns für die Geste. Alles Gute!

Wir starten mit den Motionen. Motion 1, Erich Bucher und Konsorten betreffend wirksame Entlastung der Basler Steuerzahlerinnen und -zahler. Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Gibt es Voten? Jean Vergeat ist erste Einzelsprecherin.

Jo Vergeat (GAB): Ups, you did it again! Seit der letzten Abstimmung zur Steuersenkung ist noch kein Jahr verstrichen. Die Steuersenkungen des dritten und letzten Schrittes der SV 17 sowie die Steuersenkungen des letzten grossen Steuerkompromisses werden erst auf die kommende Steuerperiode 2023 umgesetzt. Wir wissen also nicht genau, wie sich die Steuersenkungen auf den Kantonshaushalt auswirken werden und dennoch kommt, gut getimt auf die heisse Phase des Nationalratswahlkampfes, der Ruf nach einer weiteren noch umfassenderen Steuersenkung und von SVP bis GLP stimmen alle in den gemeinsamen Chor ein.

Dabei zeigen Erfahrungen aus anderen Kantonen, dass die Auswirkungen von Steuersenkungen schwer vorhersehbar sind. Und nicht allzu selten wurde aus einem positiven Kantonsbudget plötzlich ein negatives. Zur Begründung ihrer Motion verweisen Sie auf einen angeblichen steigenden strukturellen Überschuss. Leider konnte ich diesen bei der Durchsicht der Unterlagen unseres Finanzdepartements nicht finden. Im Jahr 2024 budgetieren wir zwar noch einen Überschuss von 52 Millionen Schweizer Franken, dieser ist aber auf einmalige Steuereinnahmen aufgrund der Beiträge aus der OECD-Steuerreform in der Höhe von 50 Millionen Schweizer Franken zurückzuführen, und ob die Gewinnausschüttung der SNB in der Höhe von prognostizierten 46 Millionen Schweizer Franken wirklich eintritt, steht in den Sternen. Im Finanzplan für die Jahre 2025 bis 2027 wird dann mit einem Defizit in Höhe von 26 bis 63 Millionen Schweizer Franken gerechnet. Wir haben also nicht per se einen strukturellen Überschuss und dürfen uns weitere Steuersenkungen schlicht nicht leisten, insbesondere auch, weil in den kommenden Jahren bedeutende Investitionen in unsere Zukunft gemacht werden müssen.

Die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt hat sich im November 2022 deutlich dafür ausgesprochen, dass der Kanton bis im Jahr 2037 Netto Null erreichen muss, dies in vollem Bewusstsein, dass diese grossen und wichtigen Investitionen in unsere Zukunft heute finanziert werden müssen. Dieser Umbau unserer Gesellschaft, gerade wenn er mit abfedernden Massnahmen für Bevölkerung und Wirtschaft gekoppelt werden soll, kostet uns Geld und das wissen wir alle. Ich hätte mir sehr gewünscht, dass mit der Präsentation der Klimastrategie im September dieses Jahres auch die finanziell benötigten Mittel klarer in der Budgetplanung skizziert würden, denn Netto Null 2037 ist eben nicht nur eine Aufgabe des Präsidialdepartements, sondern auch eine Aufgabe des Finanzdepartements, das die notwendigen finanziellen Ressourcen für diesen Umbau zur Verfügung stellen muss.

Ausserdem kühlt sich die Wirtschaft aktuell wieder ab. Die Zukunftsaussichten waren schon rosiger. Diese Gesamtlage gilt es unbedingt abzuwarten. Die aktuelle Teuerung trifft die Menschen stark, aber wir müssen ihre Kaufkraft mit der Unterstützung bei den hohen Krankenkassen stärken. Wir müssen Mieten zahlbar machen und Kinderbetreuung ermöglichen. Damit kümmern wir uns um die Sorgen der Bevölkerung. Bevor wir also unsere neueste Steuersenkung noch nicht einmal umgesetzt haben und die klare Finanzierung der Massnahmen zur Erreichung unserer Klimaziele nicht feststeht, ist diese Forderung schlicht fehl am Platz.

Die Fraktion des GAB lehnt die Motion aus den genannten Gründen geschlossen und dezidiert ab und stellt sich gemeinsam mit der SP gegen diesen fröhlichen Steuersenkungsgesang.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Messerli.



Pascal Messerli (SVP): Jo Vergeat hat die letzten beiden Steuersenkungspakete angesprochen. Diese hatten eine überwiegende Mehrheit in der Bevölkerung gefunden, auch wenn vom links ein Referendum kam. Die Menschen sehnen sich nach Entlastung, gerade in der jetzigen Zeit, in der immer alles teurer wird, die Krankenkassen, die Mieten, die Stromkosten. Deshalb müssen wir die Leute weiterhin entlasten, die Bevölkerung will das auch so.

Die Finanzen des Kantons lassen das auch zu. Es stimmt, es ist immer etwas schwierig zu spekulieren, wie es dann wirklich am Schluss aussieht, aber die Tendenz kann man eigentlich aus den letzten Jahren entnehmen, dass nämlich die Rechnung immer viel besser aussieht als das Budget, weil dann irgendwelche Sondereffekte hineinspielen und wieder einen sehr grossen Überschuss generieren. Ich kann jetzt schon versprechen beziehungsweise eine Wette eingehen, dass die Rechnung auch im nächsten Jahr wieder überaus positiv aussehen wird.

Die Motion von Erich Bucher kommt zum richtigen Zeitpunkt denn es dauert ja immer eine Weile, bis dann wirklich ein Paket beschlossen wird und es dauert noch eine längere Weile, bis dann die Entlastung wirklich bei den Menschen ankommt. Dementsprechend ist es richtig, dass wir dieser Erstüberweisung zustimmen. Dann kann der Regierungsrat zum ersten Mal Stellung dazu nehmen, dann gibt es eine Zweitüberweisung und dann kann man wieder einen Deal in der WAK aushandeln, wie das bei den letzten Motionen auch immer wieder geschehen ist. Ich erinnere beispielsweise an die Motion Luca Urgese, wo auch von Seiten rot-grün die grosse Angst herrschte, dass jetzt nur die Reichen entlastet werden. Und am Schluss haben wir ein Paket hingezaubert, hinter dem eine breite Masse der Bevölkerung stehen konnte. Dementsprechend kann man auch hier die Angst etwas wegnehmen. Die SVP bittet Sie, diese Motion zum ersten Mal zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Wir hören in diesem Saal von Ihrer Seite, liebe bürgerliche Kolleginnen und Kollegen, immer wieder viel zu seriöser Finanzpolitik, zu vorausschauender Planung, zu richtiger Kalkulation, zu einem gut geführten Haushalt. Daher kann ich Ihnen gleich vorweg sagen, anschliessend an das Votum von Pascal Messerli von der SVP: Nein, der Zeitpunkt ist komplett falsch und nein, es ist komplett unangebracht, diese Motion zu überweisen.

Ich finde es auch interessant, dass man jetzt schon von einem Deal in der WAK spricht, dass man zaubern will. Ich muss ihn da schon eine gewisse Illusion nehmen. Es wurde nicht gezaubert in der WAK. Es wurde gefeilscht, verhandelt und am Ende wurde ein knapp tragbarer Kompromiss erreicht, aber aufgrund ganz verschiedener Forderungen, die überwiesen wurden und die im Raum standen, und auch, weil sich eine Kraft dezidiert dafür eingesetzt hat, dass man nicht Politik macht für nur sehr vermögende Personen in diesem Kanton. Das war die linke Kraft. Ich sehe in dieser Motion absolut nichts, das zu einem Zauber in der WAK führen soll. Abgesehen davon, dass der in der Motion angeführte Vergleich zwischen einem Unternehmen und einem Staat absolut nichts bringt und nicht zielführend ist, wollen Sie jetzt wieder die Steuern senken, ohne die Auswirkungen der letzten massiven Steuersenkungen überhaupt abgewartet zu haben.

Jo Vergeat hat es bereits gesagt, der Finanzplan des Finanzdepartements sieht übrigens Defizite vor. Was von Ihrer Seite dann passieren wird, wenn es keine Überschüsse mehr gibt, ist ja auch so klar wie das Amen in der Kirche: Dann wird Ausgabendisziplin eingefordert, ein anderes Wort für Abbau, Abbau von Leistungen für die Allgemeinheit, Abbau in Bereichen, denen es sich am einfachsten abbauen lässt. Und von den Investitionen haben wir jetzt gar noch nicht geredet.

Zum Anliegen selber: Wie Sie wissen, haben wir beim letzten grossen Steuerpaket resp. Steuerkompromiss Steuersenkungen mitgetragen. Aber wir haben damals schon gesagt, und ich sage Ihnen das gerne hier in diesem Saal noch einmal deutlich, die Mitnahmeeffekte sind massiv und zwar für die hohen Einkommen. Das ist etwas, das in der Diskussion um Steuersenkungen manchmal ein wenig untergeht. Wenn wir den untersten Satz senken, dann senken wir nicht einfach nur den Satz für die untersten Einkommen. Das hat massive Effekte für Einkommen, die deutlich über dem untersten Satz versteuern. Und abgesehen davon, dass die Bevölkerung eine klare Progression wünscht und wir diese nicht noch stärker verwässern sollten, ist es vielleicht auch einmal an der Zeit darüber zu reden, was man jetzt wirklich konkret machen könnte, um die Kaufkraft der Menschen zu schützen. Ich lege Ihnen von der bürgerlichen Seite sehr ans Herz, helfen Sie mit bei einem verstärkten Ausbau der Prämienverbilligungen, helfen Sie mit, indem sie ihren Kolleginnen und Kollegen auf nationaler Ebene sagen, dass man vielleicht nicht das Mietschutzrecht in dem Moment abbauen sollte, wo die Mieten immer wie mehr steigen. Helfen Sie mit, dass wir Mieten konkret schützen in diesem Kanton, dass wir sie zahlbar behalten und dass wir nicht den Mieterschutz verwässern. Helfen Sie mit heute Nachmittag, wenn wir einen Anzug besprechen, mit dem wir mit den OECD-Massnahmen die Armut beseitigen wollen in Basel-Stadt, helfen Sie mit, damit wir Investitionen sicherstellen können in ein Basel, das sich mit dem Klimaschutz konkret auseinandersetzt und eine klimaneutrale Gesellschaft schafft bis 2037. Es gibt ganz viele Möglichkeiten, mit denen Sie konkret das Leben der Menschen in diesem Kanton verbessern können, ohne dass Sie eine Steuersenkung beschliessen müssen, die ins Blaue hinausgeht und deren Antworten wir noch nicht kennen.



Ich bitte Sie darum mit Nachdruck, auch die Fraktion der GLP, sich diese Motion nochmal gut durch den Kopf gehen zu lassen und vielleicht doch zu überlegen, ob es nicht einen oder zwei Punkte gibt, die klar dagegen sprechen. Ich bitte Sie darum im Namen der SP, diese Motion nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor, eine von Andrea Strahm, die andere von Pascal Messerli. Es werden beide angenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Sehen Sie dann keinen Widerspruch darin, dass Sie die OECD-Einnahmen jetzt schon ausgeben wollen, noch bevor wir wissen, wieviel es überhaupt sein wird?

Beda Baumgartner (SP): Wir wollen nicht die OECD-Einnahmen ausgeben, bevor wir wissen, wieviel es sein wird. Wir wollen einen klaren Zweck vorgeben, wofür wir sie ausgeben sollen, wenn es sie gibt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben unter anderem die Prämienverbilligungen angesprochen. Sind diese aus Ihrer Sicht in diesem Kanton zu wenig ausgebaut?

Beda Baumgartner (SP): Es ist immer noch so, dass auch in diesem Kanton die Belastung der Menschen durch die Prämien enorm hoch ist. Natürlich könnte ich mir einen Ausbau der Prämienverbilligung durchaus vorstellen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Die LDP unterstützt diese Motion. Wenn jährlich solche Überschüsse ausgewiesen werden wie in den vergangenen Jahren schluckt der Steuerzahler schon etwas, wenn er die Steuerrechnung bekommt. Der Staat hat klar seine Aufgaben zu erfüllen, aber er muss nicht überschüssen. Ein Überschuss in den bekannten Grössenordnungen sollte dennoch nicht entstehen und der Steuerzahler sollte dann jeweils entlastet werden. Natürlich ist es mir auch klar, dass eine genaue Prognose der Einnahmen schwierig ist und man ja am liebsten mit einem kleinen Plus auch bei der Staatskasse abschliessen möchte. Wie die Motion richtig ausführt, ist Basel im interkantonalen Vergleich mit den Steuern nach wie vor überdurchschnittlich hoch und die Anhäufung eines derartigen strukturellen Überschusses ist nicht benötigtes Steuergeld. Deshalb sollte die Steuerbelastung etwas gesenkt und angepasst werden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Die Grünliberalen beantragen Ihnen, die Motion zu überweisen. Wir sind grundsätzlich eigentlich immer offen für Steuersenkungen. Es war auch unsere Forderung, die Einkommenssteuern zu senken, was dann in den letzten zwei Steuerpaketen umgesetzt wurde. Nun, das heisst nicht, dass wir immer in jeder Situation für jede Steuersenkung sind. Steuersenkungsbegehren sind im Lichte einer finanzpolitischen Gesamtbeurteilung zu betrachten, und unsere Gesamtbeurteilung sieht kurz gefasst wie folgt aus: Sie kennen das aus den Aussagen zur Jahresrechnung. Erstens, die Ertragslage ist gut, wir hatten in der Vergangenheit strukturelle Überschüsse. Zweitens, Basel hat ein zu starkes, zu dynamisches Ausgabenwachstum. Drittens, wir haben eine zu hohe Bruttoverschuldung. Wir haben eine zu hohe Zinslast. Die Bruttoverschuldung gilt es abzubauen, beziehungsweise gilt es das starke Wachstum der Schulden abzumildern. Und viertens, wir können heute nicht Zusatzeinnahmen aus der OECD-Mindeststeuer verteilen, weil wir diese Einnahmen und den Netto-Effekt dieser Veränderung noch gar noch nicht kennen. Salopp gesagt, wir können nicht Geld verteilen, das wir noch gar nicht haben. Und doch Beda Baumgartner, das wollt ihr, das habt ihr in den letzten zwei Sessionen immer wieder gefordert. Darum werden wir uns auch allen Anliegen dieser Ausgabensteigerungen verweigern.

Nun, die hier vorgeschlagene Steuersenkung ist finanzpolitisch gesehen möglich aufgrund der strukturellen Überschüsse. Sie erschwert aber das Anliegen, Schulden abzubauen. Zudem verteilen wir damit ein Stück weit Geld, das wir eben noch nicht sicher haben aufgrund der OECD-Steuerreform. Die letzte Senkungssteuersenkung wurde erst gerade umgesetzt, und



daher sollten wir eigentlich noch etwas zuwarten, bis sich die Effekte dieser Senkung und diejenige der OECD-Mindeststeuer zeigen und man eine Neubeurteilung vornehmen kann. Zudem haben wir soeben gestern jährliche Mehrausgaben für Kindertagesbetreuung von gut 35 Millionen Franken gesprochen, das ist etwa ein Prozent des ZBE. Es stehen viele grosse Investitionen an. Wir müssen die Netto Null-Klimastrategie umsetzen. Es wird also finanzielle Zusatzbelastungen geben. Auch darüber wissen wir erst in ein paar Jahren mehr.

Im Weiteren sieht es die grünliberale Fraktion durchaus kritisch, dass alle Steuersätze gleich gesenkt werden sollen. Wir sind sehr für Steuersenkungen für den Mittelstand. Daher sehen wir insbesondere den obersten Steuersatz über 300'000-Einkommen nicht unbedingt als notwendig zu senken. Er wurde in der letzten Runde mitberücksichtigt, das ist richtig. Die lineare Absenkung hat im damaligen Kontext und im Sicht der Historie Sinn gemacht, jetzt nicht unbedingt.

Unser Fazit: Die Steuersenkung ist in der Stossrichtung richtig. Sie kommt aber etwas früh. Der Zeitpunkt ist nicht komplett falsch, Beda Baumgartner, der Zeitpunkt es ist einfach etwas früh. Es ist zu früh, jetzt schon definitiv zu entscheiden. Weil die Stossrichtung aber stimmt, sind wir dafür, die Motion zu überweisen. Es wird immer etwas Zeit brauchen, eine Steuersenkung umzusetzen. Der Zeitpunkt und die Einzelausgestaltung ist aber zu diskutieren.

Es ist richtig, dass sich der Regierungsrat jetzt mit dem Thema befasst und uns berichtet. Darum unterstützen wir die Motion in der Erstüberweisung. Wir können aber schon ankündigen, dass wir nicht zwingend ein zweites Mal überweisen nach der Antwort des Regierungsrats. Das werden wir dann noch einmal beurteilen. Wir können uns auch eine Überweisung als Anzug vorstellen. In dem Fall würde der Regierungsrat dann berichten, wie die Situation aussieht und welche Konsequenzen die Steuersenkung hätte. Wir haben auch schon gute Erfahrungen gemacht mit Überweisungen als Anzug. Dann hatte die Regierung Spielraum, eine Umsetzung vorzuschlagen. Sie hat ja auch den Auftrag, zu prüfen und zu berichten, ob eine Steuersenkung richtig wäre. Man könnte dann nach Beantwortung des Anzugs erneut entscheiden, ob eine verbindliche Motion zur raschen Steuersenkung eingereicht wird.

Aber eben, das lassen wir uns offen. Es kann auch sein, dass wir bei der Zweitüberweisung für die Motion sind. Auf jeden Fall möchten wir Sie bitten, bei der ersten Überweisung diesen Auftrag dem Regierungsrat zu geben, damit das Thema auch auf dem Tapet bleibt, denn die Bevölkerung und auch der Mittelstand profitieren sehr, wenn wir auch bei den Steuern Mass halten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Beda Baumgartner. Sie wird angenommen.

Beda Baumgartner (SP): Der zweite Einkommensteuersatz gilt ab 200'000 Franken Einkommen, das heisst, wir reden da von jemandem, der vielleicht 220'000 oder 230'000 Franken verdient. Ist das der Mittelstand, für den sie sich einsetzen wollen?

David Wüest-Rudin (GLP): Man kann den Mittelstand auch noch unterteilen in unteren, mittleren und oberen Mittelstand. Ob wir dann den zweiten Steuersatz auch in dem Umfang senken würden, ist noch offen, das müssten wir noch prüfen. Das kommt auch auf den finanzpolitischen Spielraum an.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, Sie haben recht, es war in der Vergangenheit immer so, dass der Abschluss besser ausfiel als das Budget. Ich finde das auch gut, das ist auch richtig so. Der Überschuss ist dann nicht in einem schwarzen Loch verschwunden, sondern wurde für den Schuldenabbau benötigt. Schuldenabbau heisst, dass wir Steuerpflichtige in Zukunft entlasten. Daher war das sicher sinnvoll. Und ja, der Abschluss 2023 wird sehr positiv sein, davon gehe ich aus.

2024 werden die Steuersenkungen erstmals sichtbar. Ich gehe davon aus, dass es keinen Knick geben wird, weil die Steuereinnahmen gleichzeitig ansteigen. Das ist sehr erfreulich. Das bedeutet aber auch, dass die Löhne steigen, wir haben eine Zuwanderung, das ist alles sehr erfreulich. Wir werden aber erst im Abschluss 2025 sehen, wie sich das auswirkt.

Natürlich können Sie nun sagen, das sollte trotzdem reichen und uns auffordern, ein Paket vorzulegen. Ich muss Ihnen aber entgegnen, dass wir noch die OECD-Steuerreform haben, das heisst, wir müssen in den Standort investieren. Das wird uns beschäftigen. Wir wissen wahrscheinlich erst im Dezember, ob sie 2024 oder 2025 eingeführt wird, das ist noch nicht klar. Wir müssen wahrscheinlich Geld ausgeben, bevor wir es bekommen. Das wird so sein. Die Firmen wollen oder müssen vorher wissen, wie es ausschaut mit dem Geld, sonst ist unser Standort gefährdet. Das scheint mir der wichtigste Punkt zu sein. Wenn wir dort Probleme kriegen, dann wird es schwierig, nicht nur für den Kanton Basel-Stadt, sondern für die ganze Schweiz.



Daher habe ich grosse Mühe damit, dass Sie eine Motion einreichen. Ich wir haben keinen Spielraum. Die Vorgabe ist klar, was wir machen müssten, und das innerhalb von sechs Monaten. Wir reden von 50 bis 60 Millionen Franken, der Spielraum ist gleich Null. Da habe ich Mühe, auch wenn die GLP sagt, man könne ja mal abwarten, was der Regierungsrat berichtet. Was soll ich Ihnen berichten? Ich kann Ihnen das berichten, was ich heute sage. Ich hätte es noch verstanden, wenn Sie eine normale Motionsfrist gelassen hätten, da hat man ein paar Jahre Zeit, auch wenn es etwas offener formuliert worden wäre. Aber so ist es zu eng. Mit Sicht auf unseren Standort, und das scheint mir das zentrale Thema zu sein im nächsten halben Jahr, geht das einfach nicht.

Ich bitte Sie sehr, sich dies noch einmal zu überlegen. Ich weiss, es ist schwierig, das so spontan zu tun. Aber ich gebe es Ihnen jetzt schon mit: falls Sie heute Eintreten beschliessen, und ich hoffe, dass Sie dann bei einer definitiven Überweisung wirklich unseren Standort, nicht nur den des Kantons, sondern der ganzen Schweiz, im Hinterkopf haben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat der Motionär Erich Bucher das Wort.

Erich Bucher (FDP): Der Kanton Basel-Stadt hat in den vergangenen 15 Jahren einen durchschnittlichen jährlichen Überschuss von deutlich über 300 Millionen Franken ausgewiesen, dies bei einem Gesamtertrag von durchschnittlich 4,5 Milliarden Franken. Um diese Überschüsse zu erreichen, zahlten die Bevölkerung und die Unternehmen fast fünf Milliarden Franken an den Kanton, welche dieser zur Deckung seiner betrieblichen Kosten inklusive der Investitionen gar nicht benötigt. Für den Grossteil dieser Steuerlast kommen die natürlichen Personen auf, welche gut 70 Prozent der kantonalen Steuerlast tragen. Der überwiegende Teil da raus stammt aus den Einkommenssteuern.

Die Unterzeichnenden fordern, dass der Regierungsrat dem Grossen Rat innerhalb von sechs Monaten eine Vorlage unterbreitet, welche die Einkommensteuerbelastung im Gesetz über die direkten Steuersätze linear für alle Steuertarife, um ein Prozent senkt. Die Details sehen Sie in meinem Motionstext. Die jährliche Entlastung beziehungsweise Steuermindereinnahmen betragen in einer statischen Betrachtung etwa 88 Millionen Franken. Mit dem von der Basler Stimmbevölkerung am 12. März überdeutlich angenommenen Steuerpaket, welches auch die eine moderate Senkung der Einkommensteuertarife beinhaltet, wurde in erster Linie ein wichtiger Schritt zur Entlastung der natürlichen Personen im Kanton Basel-Stadt beschlossen. Der Fokus lag aber insbesondere auf Familien und Fachkräften. Nun sollen alle Steuerpflichtigen, unabhängig des Einkommens, entlastet werden. Auch wenn wir die ebenfalls 2023 bewilligte Steuererhöhung der Unternehmen nicht berücksichtigen, werden die beiden Einkommensteuersenkungen die Überschüsse in etwa eliminieren und zu einem ausgeglichenen Budget führen. Es bleibt also mehr als genügend Geld in der Kantonskasse, um die geplanten Projekte umzusetzen. Es werden keine Budgetkürzungen notwendig sein.

Wieso ist die Steuersenkung ausserdem so wichtig? Alles wird teurer, die Krankenkassenprämien, die Mobilität, der Lebensunterhalt, die Energie, das Wohnen, um nur einiges aufzuzählen. Für die einkommensschwachen Bevölkerungsteile werden diese Kostensteigerungen mit verschiedenen Beihilfen zum Teil ausgeglichen. Das Gros der Bevölkerung, und dies sind die Steuerzahlenden, profitiert jedoch nicht davon. Deshalb haben sie am Ende des Monats schlicht weniger Geld im Portemonnaie. Mit der hier vorgeschlagenen Steuersenkung können wir etwas gegensteuern.

Erstaunlich ist es doch zu sehen, dass die linken Parteien wie auch der Regierungsrat reflexartig bei Steuersenkungsanträgen in die Defensive geht. Sofort werden der Staatsabbau und die Budgetkürzungen prophezeit. Ich verstehe diese Angst nicht. Seit ich in diesem Parlament bin, und das sind doch auch schon zehn Jahre, hat sich gezeigt, dass jede Steuersenkung, ob für Firmen oder Private, zu Mehreinnahmen geführt hat. Im Gegenteil, es hat dazu geführt, dass wir diese riesigen Überschüsse haben. Also, haben Sie nun endlich einmal den Mut und beantragen Sie dem Regierungsrat, die Steuersenkung vorzunehmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 48 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001663, 19.10.23 09:27:34]

Der Grosse Rat beschliesst



die Motion nicht zu überweisen. Die Motion ist erledigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben die Motion nicht überwiesen mit 48 Nein-Stimmen bei 46 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

14. Motion 2 Joël Thüring betreffend ÖV neu denken – ÖV in der Innenstadt attraktiver gestalten

[19.10.23 09:27:54, 23.5421.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Erster Einzelsprecher ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Die Motion von Ratskollege Joël Thüring enthält wichtige und richtige Bedenken zum Tramnetz. Auch wenn es vielleicht nur subjektiv ist, wird die Fahrzeit langsamer, so nehme ich das wahr. Gleichzeitig besteht und akzentuiert sich die Gefahr, wenn ein Tram ausfällt, dass das ganze System nicht mehr funktioniert und es zu einem Totalausfall kommt. Man fühlt, und kann das auch nachlesen, dass die Fahrgastzahlen abnehmend sind. Das ist nicht optimal.

Dennoch ist die LDP gegen die Überweisung dieser Motion. Ganz kurz möchte Ihnen ich die drei Punkte, die zu diesem Entscheid geführt haben, kurz näher legen. Zum ersten denken wir, dass die Attraktivität für das Tramnetz-System nicht grösser wird, wenn man zwei Linien *tel quel* abschneiden würde und die Leute dazu zwingt umzusteigen an irgendwelchen Ecken der Stadt. Es ist auch nachgewiesen, dass dies nicht attraktiv ist. Auch Tramlinien, die nur selektiv oder jeden zweiten Kurse in eine Richtung fahren, sind nicht besonders attraktiv für die Fahrgäste. Der zweite Kritikpunkt ist bekannt. Es gibt die Tramnetz-Entwicklung 2030. Dort wird eine Entflechtung des Innenstadtpерimeters gefordert. Denken Sie, dass mit der jetzigen Überweisungsmotion der Motion per Dezember dieses Jahr ein bereits dieses Problem gelöst sein kann? Wenn man den Bericht genau liest – und diese Tramnetzentwicklung läuft schon lange –, dann merkt man, dass das Problem nicht so einfach zu bändigen ist.

Sie schreiben dann auch, mit dem Ausbau Petersgraben und Claragraben werde es noch ewig dauern, bis dieses Problem verbessert würde. Dem pflichte ich bei. Gleichzeitig möchten wir von der LDP hier keinen *fait accompli* schaffen für diese Ausbauschritte, indem wir den Bedarf noch mehr zu diesem Ausbau drängen, wodurch zwei Linien dann wegfallen und irgendwo sonst durchfahren müssen.

Aufgrund dieser drei Punkte empfehlen wir Ihnen, diese Motion nicht zu überweisen, sehen aber sehr wohl, dass hier Bedarf besteht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Meine Fraktion wird diese Motion nicht überweisen. Wir sind sowohl für die Schaffung neuer Tramlinien als auch für die Entlastung des Tramverkehrs im Stadtzentrum. Die in dieser Motion vorgebrachte Idee ist also per se nicht falsch. Sie ist aber mit dem starken Instrument der Motion nicht zu Ende gedacht. Detaillierter und durchdachter ist die als Anzug umgewandelte Motion betreffend stressfreie Innenstadt für alle, die ein klares und detailliertes Konzept der gleichen Idee vorbringt, samt Petersgraben. Sie ist mit dem Tramnetz 2030 vollständig kompatibel und sie wurde von allen Parteien unterstützt.

Dieser Anzug wurde im Herbst 2022 auf Antrag der UVEK vom Grossen Rat stehengelassen und soll im Rahmen des Berichts zur Tramnetz-Erweiterung behandelt werden. Wir haben jedoch bei diesem Punkt ein Problem. Der Bericht zur Tramnetz-Erweiterung ist noch nicht da, obwohl er schon im 2022 hätte präsentiert werden sollen. Wäre der Bericht schneller da, wenn wir die Motion überweisen würden? Das bezweifle ich leider. Wir appellieren an Regierungsrätin Esther Keller, endlich den Bericht vorzulegen, damit wir nicht nur über dieses Anliegen, sondern auch über die verschiedenen Tramnetz Ausbauten, worauf wir schon seit vielen Jahren warten, endlich diskutieren können. Und da rechne ich natürlich auch mit Ihrer Unterstützung.



Wir fordern aber den Regierungsrat auch dazu auf, die nötigen Mittel freizugeben, damit eine attraktive Tramnetz-Erweiterung geschaffen wird. Es kann nicht sein, dass grosse Schweizer Städte ihr Tramnetz ständig ausbauen und wir in Basel einfach zögern und zuschauen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Wenn jene, die immer konsequent gegen eine Stärkung des ÖV politisieren plötzlich selber ÖV-Politik machen wollen, dann werden wir etwas hellhörig. Ich kann es kurz machen, die SP lehnt diese Motion ebenfalls ab. Es ist etwas gar einfach, ganz schnell die Entfernung von zwei Tramlinien aus der Innenstadt zu fordern, ohne zu sagen, welche. Ich bin ja gespannt, wie Sie das dann verkünden würden. Abgesehen davon gibt es die Pläne bereits, die Tramnetz-Entwicklung 2030 macht es ja eben genau möglich, dass weniger Tramlinien durch das Nadelöhr in der Innenstadt fahren müssen. Aber interessanterweise kommt da immer der Widerstand aus derjenigen Partei, aus der dieser Vorstoss kommt. Ich habe von Ihnen noch nie gehört, dass sie sich für einen konsequenten Ausbau unseres ÖV-Netzes einsetzen.

Es braucht die Lückenschlüsse im Tramnetz, damit wir eine sinnvolle Anpassung der Linienführung hinbekommen. Deshalb verstehe ich das Zögern der LDP überhaupt nicht. Ich freue mich, wenn Sie das dann auch unterstützen werden. Aus unserer Sicht darf das BVD mit der Planung weitermachen, was es nicht braucht, ist eine solche Motion.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Es ist ganz klar, der Regierungsrat teilt das Anliegen der Motion, dass der Tramverkehr einerseits flexibilisiert werden muss, dass man trotzdem noch durch die Innenstadt kommt, auch wenn in der Innenstadt ein Ereignis stattfindet, auch teilen wir die Ansicht, dass beschleunigt werden muss. Deshalb gibt es diese Tramnetz-Entwicklung 2030 mit den bekannten Lückenschlüssen. Es ist nicht primär ein Ausbau, sondern es sind Lückenschlüsse, damit das Netz flexibilisiert wird. Wichtig ist, dass diese Projekte – und deshalb haben wir sie tatsächlich noch einmal überarbeitet – nur mehrheitsfähig sind, wenn sie auch angemessen für grün sorgen, wenn sie beispielsweise für die Velofahrenden gerade beim Petersgraben nicht allzu viele Nachteile bringen. Deshalb lieber Qualität schaffen, das Projekt wirklich gut machen und dann zu Ihnen und an die Urne bringen. So viel zum Grund, weshalb das einige Monate länger dauert. Mir scheint das wirklich sehr wichtig zu sein.

Mit dem Tramnetz 2030 haben Sie uns übrigens auch diesen Auftrag gegeben. Die Motion suggeriert ein bisschen, dass das Parlament keinen Einfluss habe. Aber Sie haben Einfluss. Sie haben sich im Dezember 2020 auch für diese Tramnetz-Entwicklung ausgesprochen und uns mit diesem Auftrag versehen. Wir bitten Sie jetzt, dass wir daran auch weiterarbeiten können. Denn abstrakt klingt das gut. Wer möchte nicht in der Innenstadt zwei Tramlinien weniger? Das klingt doch gut, aber wenn Sie dann merken, dass es Ihre Tramlinie ist, die nicht mehr durch die Innenstadt fährt, dann sieht es ganz anders aus. Wen möchten Sie abhängen? Das Neubad mit der Linie 8 oder das Bruderholz Abhängen mit der Linie 15, indem man sie am Aeschenplatz wenden lässt? Da wird dann eben auch der Widerstand konkret. Das ist das, was wir immer wieder bei den Haltestellenaufhebungen erfahren. Alle möchten schnelleren ÖV, aber wenn es dann die eigene Haltestelle betrifft, wenn man selbst 100 Meter weiter laufen müsste, dann bröckelt die Einheit oder die Unterstützung.

Dann doch noch ein Votum zur Güterabwägung, ob er einfach schneller werden soll, egal um welchen Preis, oder ob nicht auch andere Dinge wichtig sind beim ÖV. Wir gehen immer von uns selber aus. Sie alle hier drin sind relativ gut zu Fuss unterwegs. Das sieht bei vielen Menschen anders aus, Menschen, die nicht so gut zu Fuss unterwegs sind, Menschen, die im Rollstuhl sind, ältere Menschen – die sind froh, wenn sie nicht weit laufen müssen. Sie sitzen lieber 30 Sekunden oder eine Minute länger im Tram und haben dann einen kurzen Weg zu dem Ort, wo sie hin möchten.

Dasselbe gilt für Umsteigen, wenn wir eine Linie aus der Innenstadt nehmen. Wenn man umsteigt, kann das beschwerlich sein, je nachdem, wenn man nicht gut zu Fuss ist oder einen Kinderwagen dabei hat mit dem Rollstuhl unterwegs ist, man je nachdem nicht trockenen Fusses die Verbindung wechseln kann. Also ich bitte Sie einfach bei der ganzen Beschleunigungsdiskussion auch nicht zu vergessen, dass es nicht Beschleunigung um jeden Preis sein kann.

Deshalb bitte ich Sie auch, die Motion abzulehnen, damit wir jetzt mit Ihrer Unterstützung an diesen wichtigen Lückenschlüssen Margarethen-Verbindung, Claragraben und Petersgraben weiterarbeiten können und das Ihnen dann gerne präsentieren werden. Dann haben Sie natürlich auch wieder Einflussmöglichkeiten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat der Motionär Joël Thüring das Wort.



Joël Thüring (SVP): Ich bin ein bisschen überrascht über Lisa Mathys. Wenn Sie den ÖV in der Innenstadt attraktiv gestalten wollen und ihn auch so ausgestalten, dass er eine Zukunft hat, dann müssen Sie diese Motion dem Regierungsrat überweisen. Denn Ihr Tram-Wunsch entspricht einfach nicht mehr der Realität. Wir haben sinkende Nutzerzahlen, Passagierzahlen, weil der ÖV gerade in der Innenstadt nicht mehr attraktiv genug ist. Also wenn Sie das Ziel haben, den ÖV zu attraktiver zu machen, die Nutzung des ÖV zu steigern, dann müssen Sie dafür schauen, dass wir eben genau diese Entflechtung bekommen. In meiner Motion wird nicht geschrieben, dass zwei Linien nicht mehr durch die Innenstadt fahren sollen, sondern dass sie nicht über diese gleiche Achse innerhalb der Innenstadt fahren sollen. Aber die Innenstadt ist nicht nur Bankverein, Aeschenplatz und Barfüsserplatz. Das ist schon noch ein bisschen mehr.

Insofern geht es ja auch nicht darum, dass wir irgendjemanden abschneiden wollen. Ich bin wirklich auch dezidiert nicht der Meinung, dass Umsteigen ein Problem ist. Wir sehen heute, dass in der Stadt das Tram nicht mehr vorwärts kommt, was mit einem Umsteigen verbessert werden könnte. Dann ist es doch selbstverständlich, dass die Menschen eher bereit sind, auf den ÖV umzusteigen, weil sie eben wissen, dass man dann wieder rascher von A nach B kommt. Heutzutage ist es so, dass viele Menschen in der Innenstadt den ÖV gar nicht mehr benutzen wollen, weil man damit nicht mehr rasch und rechtzeitig von A nach B kommt. Und nicht jede und jeder möchte Velo fahren, wenn Sie denn als Gegenargument bringen würden, dass ja dafür die Zahlen der Velofahrenden zunehmen. Das ist das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Man kann durchaus dafür sein, in die Veloinfrastruktur zu investieren, weil mehr Leute Velo fahren. Aber gleichzeitig gibt es eben auch Menschen, die weiterhin nicht Velo fahren wollen aber auch kein Auto benutzen wollen. Diese sind heutzutage aufgrund dieser Dichte des Tramnetz in der Innenstadt gezwungen, zu Fuss zu gehen, weil sie sonst gar nicht mehr rasch von A nach B kommen.

Und Lisa Mathys, wir sind auch nicht gegen einen vernünftigen Ausbau des ÖV. Nur Ihr ÖV-Gedanke geht ja immer nur um Tramlinien. Diese sind nun wirklich nicht die einzige Fortbewegungsform, wenn es darum geht, in den ÖV zu investieren. Ich glaube, hier sollten wir schon ein bisschen breiter denken. Wir sollten auch berücksichtigen, dass irgendwann ein Herzstück gebaut und realisiert werden sollte. Das sind alles Dinge, die eine Rolle spielen bei der Entwicklung.

Aber wir haben es in diesem Jahr wieder öfters gesehen, wenn es zu Umleitungen kommt aufgrund von Baustellen, aufgrund von Demonstrationen, dann ist diese Situation, dass fast alle Trams über die gleiche Achse fahren, ein Nachteil. In diesem Sommer, als noch diese Baustelle an der Schiffände dazukam, war es so, dass in der Innenstadt kein einziger Kurs über die normale Route fahren konnte, jeder Kurs musste umgeleitet werden. Die Leute verstehen teilweise nicht einmal mehr, mit welchem Tram sie nun von A nach B kommen. Die Situation bei der Margarethenbrücke verschärft das Ganze noch. Ich bin einverstanden, da kann der Kanton nur bedingt etwas dafür, aber es ist doch keine gute Situation.

Deshalb glaube ich, es wäre gut, wenn wir dieser Motion eine Chance geben würden. Bei den einzelnen Projekten der Tramnetz-Entwicklung sind wir uns wahrscheinlich alle nicht einig, selbst wenn ich und Lisa Mathys uns einig sind beim Petersgraben oder beim Claragraben. Wir können doch garantiert sicher sein, dass bei beiden dieser Vorschläge es Referenden geben wird. Und die letzten Tram-Abstimmungen gingen nicht zu Gunsten der Tramnetz-Entwicklung aus. Es ist nicht so, dass die Bevölkerung besonders viel Verständnis für neue Tramlinien hat. Und hinsichtlich Petersgraben gibt es viele Argumente, die dann auch dagegen sprechen könnten. Dasselbe gilt für die Situation beim Claragraben.

Ja, Frau Regierungsrätin Esther Keller, da bin ich bei Ihnen. Es gibt bei jeder Tramlinie Widerstand, wenn man die explizit herausnimmt. Aber wenn man den Leuten klar vermittelt, dass mit einer etwas anderen Linienführung einzelner Tramlinien, die weiterhin durch die Innenstadt fahren können, der Verkehr insgesamt flüssiger wird, dann ist das heutzutage, da bin ich überzeugt, ein valides Argument, um Menschen wieder für den ÖV zu gewinnen. Und das ist aus meiner Sicht das Ziel, das wir haben müssen. Wenn wir die Zahlen anschauen, dann sehen wir einfach klar, dass sie nicht besser geworden sind. Sie sind schlechter geworden, obschon wir den ÖV als Kernziel unserer Klima- und Verkehrsstrategie bezeichnen. Deshalb bitte ich Sie, meine Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod vor. Sie wird angenommen.

Tim Cuénod (SP): Sie haben bis jetzt Tramlinien, die eine Entlastung in der Innenstadt ohne starken ÖV-Abbau ermöglichen würden, immer dezidiert abgelehnt. Ändert sich jetzt etwas an dieser Haltung?

Joël Thüring (SVP): Wie ich schon in meinem Votum gesagt habe, die ÖV-Entwicklung ist nicht von einer Tramlinie abhängig, es gibt auch andere Verkehrsmittel, die sehr sinnvoll sind. Und angesichts der sehr schlechten Auslastung einzelner Tramlinien ist es vielleicht sogar kosteneffizienter, wenn wir uns eine Buslinie überlegen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

23 Ja, 68 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001666, 19.10.23 09:45:31]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben die Motion nicht überwiesen mit 68 Nein-Stimmen bei 23 Ja-Stimmen und einer Enthaltung

15. Anzug 1 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Hebammengeleitete Geburtshilfe in den Spitälern

[19.10.23 09:45:48, 23.5373.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

16. Anzug 2 Barbara Heer und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Basels

[19.10.23 09:46:07, 23.5379.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Ich darf als Einzelsprecher für die LDP und die SVP sprechen. Namens dieser zwei Parteien bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen und zwar vor allem aus formellen Gründen. Wie Sie wissen, ist eine umfangreiche Basler Geschichte in Auftrag gegeben, die uns viele Millionen kostet. Im Moment sind neun Bände vorgesehen, die in Etappen ab Frühjahr 2024 erscheinen werden. Dabei wird die koloniale Vergangenheit Basels gemäss den Autoren, mit denen ich mich kurzgeschlossen habe, in drei Bänden intensiv thematisiert werden und zwar in den Bänden vier, fünf und sieben. Es wird aufgezeigt werden, so die Autoren, dass Kolonialismus und Postkolonialismus integrale Bestandteile der Basler Geschichte sind.

Der Vorstoss ist in dem Fall im Moment nicht nur völlig unpassend, sondern auch kommt zur Unzeit. Erst wenn wir diese Basler Geschichte in Händen haben, können wir entscheiden, ob und gegebenenfalls in welche Richtung Handlungsbedarf gegeben ist. Es ist auch darauf hinzuweisen, dass es im Bereich der Kolonialgeschichte bereits substantielle Forschung gibt. Es ist im jetzigen Zeitpunkt auch ebenfalls völlig unklar, welche zusätzlichen Erkenntnisse weitere Forschungsanstrengungen bringen können und welche Relevanz dieses zusätzliche Wissen in der heutigen Zeit überhaupt noch hat.

Bei einer rein rückwärts gerichteten ideologischen Fragestellung gerät man sehr rasch in eine moralische Betrachtungsweise. Wenn man sich überhaupt dieser Fragestellung widmen möchte, wäre es interessanter, die



Begrifflichkeit des Kolonialismus in der Gegenwart und der Zukunft zu hinterfragen, sich also die Frage stellen, was Kolonialismus im Jahr 2023 bedeutet und wo sich in der heutigen Zeit asymmetrische Machtverhältnisse zeigen und auch auswirken. Anregend wäre auch, allenfalls über eine Endprovinzialisierung der Kolonialbegriffe nachzudenken. Wenn man Afrika auch Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit dieser Staaten weiterhin als Ort der Kolonialisierung beschreibt, zementiert man letztlich nur dieses althergebrachte koloniale Bild.

Also, dieser Vorstoss kommt zur Unzeit und ich bitte Sie, ihn nicht zu überweisen. Warten wir doch erst einmal den Inhalt der neuen Basler Geschichte ab.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Die Schweiz hat nie Kolonien besessen und doch haben viele Schweizer Kantone, Städte und Gemeinden eine koloniale Vergangenheit, so auch Basel. Wir haben es bereits gehört, Kolonialismus und Postkolonialismus sind integrale Bestandteile der Geschichte Basels. Es ist allerhöchste Zeit, dass der Kanton Basel-Stadt mit den Städten Zürich, Genf, Bern und Neuchâtel sowie mit dem Kanton Basel-Landschaft mitzieht und ein Projekt zur öffentlichen Aufarbeitung des Kolonialismus lanciert und Massnahmen trifft.

Erinnern wir uns daran, dass eine der düstersten der Schweizer Verstrickungen mit dem globalen Kolonialismus diejenige mit dem Sklavenhandel ist. Die UNO-Konferenz von Durban anerkannte im Jahr 2001, dass die Sklaverei und der Sklavenhandel furchtbare Tragödien in der Geschichte der Menschheit sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit waren. Das koloniale Zeitalter hat Auswirkungen bis heute. Um die Unterwerfung und Ausbeutung der Menschen in den Kolonien und der Versklavten zu rechtfertigen, wurden Menschen in hierarchische «Rassen» eingeteilt. Diese Rassentheorien wirken bis in die Gegenwart nach.

Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Rassismus ist allgegenwärtig. Rassismus verletzt massiv die menschliche Würde eines Individuums. Rassismus macht weh und Rassismus ist real, auch heute noch. Aber auch der Wohlstand der Schweiz ist zu Teilen auf das koloniale Wirtschaftssystem zurückzuführen, zum Beispiel ersichtlich an der Textilindustrie, die Baumwolle von Sklavinnen- und Sklavenplantagen verarbeitete und dass der daraus sich die lukrative Maschinenindustrie entwickelte.

In der Debatte um die koloniale und postkoloniale Schweiz bildet die historische Aufarbeitung des Verhältnisses des Kantons Basel-Stadt zu Kolonialismus und Sklavenhandel ein Forschungsdesirat. Auch wenn es verschiedene Studien gibt, die bruchstückartig zur Aufarbeitung beitragen und auch die Basler Stadtgeschichte dazu einen gewissen Beitrag leistet, ist die übergeordnete Frage, was eigentlich das koloniale Erbe dieser Stadt ist, nicht geklärt. Es ist dringend nötig, dass sich der Kanton Basel-Stadt mit seiner kolonialen Vergangenheit und deren Auswirkungen bis in die Gegenwart befasst.

Die SP-Fraktion erachtet es deshalb als ausgesprochen wichtig, das wie im Anzug vorgeschlagene Projekt «Koloniales Basel» zu lancieren. Als Hauptmassnahme des Projektes ist eine Überblicksstudie zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Basels in Auftrag zu geben. Danach sollen Massnahmen im Bereich öffentliche Vermittlung ergriffen werden, die Aspekte des Berichts für die breite Öffentlichkeit verständlich und zugänglich aufarbeiten und damit der Bevölkerung eine Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit Basels ermöglicht. Und schliesslich gilt es beim Projekt «Koloniales Basel» die Fachexpertise beizuziehen.

Die SP-Fraktion wird diesen Anzug überweisen und ich bitte Sie, dasselbe zu tun.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Sie haben es der Kreuztabelle entnehmen können, dass sich die FDP nicht einer Überweisung verschliesst, aber ich bitte Sie, etwas genau zu beachten. Es geht hier um einen Anzug und ich meine, dass in der Formulierung die Formen ein bisschen vermischt worden sind. Es heisst einfach, dass «die Unterzeichnenden daher den Regierungsrat bitten», und die üblichen und wichtigen Worte bei diesem parlamentarischen Vorschuss «zu prüfen und zu berichten», wurden wahrscheinlich bewusst weggelassen. Es ist eine verkappte Motion, und wir überweisen es, wenn wir es tun, als Anzug. Es geht um prüfen und berichten, und diese Vorschläge sind zu beurteilen. Und eben auch im Lichte dessen, was Lukas Faesch gesagt hat bezüglich der Stadtgeschichte, die man ja wirklich umfassend angelegt hat. Wenn der Regierungsrat sagt, dass alles schon dort abgedeckt sei und es nur noch wenig dazu brauche, dann darf er das auch tun.

Also insofern bitte ich wirklich, die Formen der parlamentarischen Vorstösse zu beachten und ich bitte die Regierung, die sich ja nicht gegen die Überweisung sträubt, sich die volle Freiheit zu nehmen und das so zu beantworten, wie sie einen Anzug beantwortet. Meine Vorrednerin hat eigentlich alle Ergebnisse einer Studie schon vorweggenommen. Es muss wirklich offen sein, es muss umfassend sein, und die Expertise ist nicht nur eine ideologische Expertise, die beigezogen wird,



sondern wirklich eine Fachexperte. Diese zeichnet sich nicht durch vorgegebene Auffassungen aus. Die Geschichte ist komplex und da braucht es auch mehr als eine Sichtweise.

In diesem durchaus kritischem Sinne sind mindestens Teile unserer Fraktion bereit, einer Überweisung zuzustimmen. Aber ich bitte wirklich die Regierung, die Bitte nicht einfach als Befehl zu interpretieren, sondern in völliger offener Freiheit zu prüfen und uns zu berichten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Heidi-Mück.

Heidi Mück (GAB): Der vorliegende Anzug verlangt unter anderem, ein Projekt «Koloniales Basel» zu lancieren, mit der Hauptmassnahme einer Überblicksstudie zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Basels. Klar, ein Anzug verlangt prüfen und berichten, wir wissen, was ein Anzug ist. Das könnte aber ein spannendes Projekt werden und es könnten auch wichtige Informationen gewonnen werden, Informationen für das Selbstverständnis von Basel. Es ist doch wichtig für die Einwohnerinnen und Einwohner von Basel zu wissen, wie die Geschichte unserer Stadt aussieht und wie sie mit der grossen weiten Welt zusammenhängt.

Auch die Information zur Beteiligung von Basel am Sklavenhandel sind ja sehr spannend und wichtig. Ich bin noch heute ein wenig stolz darauf, dass ich vor vielen Jahren im Bürgergemeinderat diese Forderung gestellt und damit hoffentlich auch ein wenig dazu beigetragen habe, dass dieser Teil von Basels Geschichte kein blinder-Fleck mehr ist. Es stimmt, dass gewisse Teile unserer Kolonialgeschichte schon erforscht worden sind oder auch aktuell erforscht werden – in der Basler Stadtgeschichte, wie bereits erwähnt wurde -, aber das sind doch eher Teilaspekte, so etwas wie Blitzlichter. Da fehlt doch ein Gesamtbild.

Das Argument der Unzeit kann ich deshalb nicht nachvollziehen, im Gegenteil, dieser Anzug passt perfekt. Er passt genau jetzt. Ich verstehe nicht, was hier dagegen spricht, dass sich Basel mit seiner Rolle im Kolonialismus auseinandersetzt. Das ist ein brandaktuelles Thema. Ich bitte Sie im Namen des GAB, diesen Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Es ist sicher richtig, der übliche Satz betreffend «prüfen und berichten» fehlt im Text, aber es ist ein Anzug und dementsprechend ist es eine Selbstverständlichkeit, dass dies so gemeint ist. Lukas Faesch hat auf die Stadtgeschichte hingewiesen. Sicher muss die Regierung genau hinschauen, ob das dort genügend differenziert behandelt wird, so dass man sagen kann, dass das Anliegen damit abgedeckt ist. Lukas Faesch hat gesagt, es sei wichtiger, die Gegenwart, das heutige Verständnis der Frage des Kolonialismus anzuschauen. Genau das ist Geschichte, nämlich die die Gegenwart aus der Vergangenheit heraus zu beleuchten und zu verstehen. Es geht auch nicht darum, feste Bilder weiter zu verfestigen.

Wenn einzelne Stichworte genannt wurden von Vorrednerinnen und dabei der Eindruck entsteht, die Meinung sei schon gemacht, dann ist genau das der Grund, warum man sich damit beschäftigen soll. Möglicherweise entdeckt man bei vertiefter Befassung mit diesem Teil unserer Geschichte, dass es viel differenzierter ist als es manchmal so landläufig, wenn man darüber spricht, erscheint, dass es eben nicht einfach schwarz weiss ist, Täter Opfer und so ähnlich, sondern dass man aus dem Verständnis, in welchem Kontext was wie geschehen ist, einen differenzierten Blick auf diese Geschichte erhält.

Es geht also nicht darum, jetzt mit Hilfe eines Geschichtsprojekts, das angestossen wird, irgendwelche vertieften Schuldzuweisungen zu zementieren und zu machen. Es geht überhaupt nicht um Schuldzuweisung. Es geht um einen offenen Blick auf die Vergangenheit unserer Stadt, unseres Kantons, der Menschen in unserem Kanton in der vergangenen Zeit. Es geht darum hinzuschauen, was wie genau geschehen ist, welche Zusammenhänge bestanden haben und wie das aus heutiger Sicht beurteilt und eingeordnet werden kann, welche Schlüsse daraus gezogen werden können.

Ich bitte darum auch im Namen der Fraktion die Mitte/EVP, den Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat die Anzugsstellerin Barbara Heer das Wort.

Barbara Heer (SP): Ich bedanke mich für diese Debatte. Das Projekt besteht schon seit längerem, ich arbeite bei der Mission 21, die operativ das Archiv der Basler Mission verwaltet und auch selber in diesem Bereich tätig ist. Als ich dort vor zwei Jahren angefangen habe, habe ich beim Bewerbungsgespräch schon gesagt, dass ich zu diesem Thema einen Vorstoss



machen möchte. Ich sage das hier auch klar, um zu zeigen, dass es eben nichts mit meinem beruflichen Engagement zu tun hat, dass ich diesen Anzug eingereicht habe.

Sehr viele Menschen haben bei der Erarbeitung dieses Vorstosses mitgearbeitet Historiker:innen, andere Wissenschaftler:innen und Aktivist:innen in diesem Bereich. Ich war im Austausch mit verschiedensten Institutionen. Die vier Forderungen, die selbstverständlich geprüft und zu denen berichtet werden soll, sind also nicht einfach meine persönlichen Forderungen, sondern sie sind in verschiedenen Gesprächen so entstanden und entsprechen einem Art Konsens.

Vielleicht noch kurz zur Frage, wieso ein Teil der Begrifflichkeit eher an eine Motion erinnert: Das hat wirklich auch mit den Gesprächen hier im Saal zu tun, die ich geführt habe. Ich habe gemerkt, dass eine Motion viel schneller zu intensivem Widerstand führt und die Diskussion schnell polarisiert wird. Das haben mir auch mehrere Kolleginnen und Kollegen hier vorher genannt. Es ist so wichtig, dass es eben nicht eine moralisierende Diskussion ist. Es geht nicht um Schuldzuweisungen an Einzelpersonen, sondern es geht um ein gemeinsames Vorhaben, das wir als Stadt, das wir als Kanton gemeinsam angehen sollten. Deshalb habe ich mich dann auch für die Variante des Anzugs entschieden. Wir hätten vermutlich auch mit einer Motion eine Mehrheit gehabt, aber weil es mir so wichtig war, dass wir das der Regierung überweisen können mit einer relativ grossen Einigkeit darüber, dass es das braucht und dass es eben eine komplexe Aufarbeitung dieser Thematik ist und nicht einfach ein Schwarzweiss-Denken.

Ich möchte natürlich auch noch auf die Ressourcen hinweisen, die dafür gebraucht werden. Das ist ein grösseres Vorhaben. Eine solche Projektleitung braucht Ressourcen, auch die Vergabe eines Auftrags nach aussen wird Ressourcen benötigen. Das ist eine der Voraussetzungen, damit das dann funktioniert.

Die Gegenargumente zu den formalen Gründen sind genannt worden. Die Ergebnisse der Stadtgeschichte sind eigentlich schon fast fertig und werden ab nächstem Jahr publiziert. Das heisst eine solche Übersichtsstudie würde selbstverständlich auch in Zusammenarbeit mit diesen Expertinnen und Experten ausgearbeitet und könnte gerade aufbauen auf diesen Vorarbeiten der Stadtgeschichte. Es sind halt einfach Vorarbeiten, die Stadtgeschichte muss wahnsinnig viele Aspekte abdecken. Zum Glück wird auch der Kolonialismus und die postkoloniale Perspektive integriert, aber das entspricht bei Weitem nicht dem, was diese Übersichtsstudie will.

Es geht natürlich auch um Basel, aber nicht nur. Es geht wirklich auch um die Länder in dieser Welt, die kolonisiert waren und die auch noch ihre eigene Geschichte aufarbeiten müssen. Dazu kann Basel einen wichtigen Beitrag leisten, weil so viele Quellen und so viele Objekte hier in Basel sind, die über die dortige Lokalgeschichte ganz viel Auskunft geben. So eine Übersichtsstudie, die öffentlich zugänglich ist und den Kanton als Ganzes in den Blick nimmt, soll die Forschung vor Ort noch einmal vereinfachen und soll dann auch einen breiteren Rahmen zum Beispiel für die Provenienzforschung geben können, an der ja im Moment auch die Museen ganz intensiv beschäftigt sind.

Weiter wurde das Argument vorgebracht, dass wir das Bild zementieren, wenn wir auf Afrika als ehemalige Kolonien schauen. Hierzu möchte ich entgegnen, dass wir, um gerade das zu überwinden, diese Dinge anerkennen müssen, diese Dinge wissen müssen, sie müssen Teil der Erinnerungskultur werden. In Afrika ist das schon längst der Fall, aber hier in Basel eben noch nicht. Wir blenden diese Fragen häufig einfach aus, wir stellen die Frage, was der Kolonialismus mit uns gemacht hat, viel zu wenig. Darum geht es bei diesem Anzug.

Ich bedanke mich für die Überweisung und ich bedanke mich auch bei allen, die involviert waren und mit mir gute Gespräche zu diesem Thema geführt haben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Lukas Faesch. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 28 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001669, 19.10.23 10:06:13]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 63 Ja-Stimmen bei 28 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

17. Anzug 3 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend “Mit OECD-Mehreinnahmen Armut in Basel reduzieren”

[19.10.23 10:06:33, 23.5380.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Ich beginne mit einem Zitat: «Ich glaube, in Basel hat man schon das Vertrauen, dass wir auch etwas Sinnvolles damit machen, das am Schluss auch allen zugute kommt.» Das ist ein Zitat von Regierungsrätin Tanja Soland, ich nehme an stellvertretend für die Gesamtregierung, in einem Basler Medium vor der OECD-Abstimmung. Dieses Vertrauen wurde der Basler Regierung und auch Tanja Soland von uns geschenkt. Die Abstimmung wurde deutlich angenommen, und somit profitiert Basel-Stadt künftig pro Jahr laut Berechnungen von geschätzten 362 Millionen Franken Mehreinnahmen.

Jeweils am 17. Oktober ist der Welttag gegen die Überwindung von Armut. 745'000 Personen in der Schweiz sind arm, an der Schwelle dazu, also armutsgefährdet, sind 1'244'000 Personen, also fast noch einmal die Hälfte mehr. In Basel dürfte aufgrund der Bevölkerungszusammensetzung die Quote höher sein als im Durchschnitt der Schweiz Ein-Eltern-Familien, Familien und damit sehr viele Kinder, Frauen und Menschen in Niedriglohn-Jobs sind am stärksten betroffen.

Für die SP ist die Armutsbekämpfung in der reichen Schweiz und für die SP Basel-Stadt im reichen Basel, das darf man so sagen, ein absolutes Kernanliegen. Deshalb ist es für uns ausser Frage, einen Teil der geschätzten wahrscheinlich künftigen Mehreinnahmen für die Armutsbekämpfung in unserem Kanton einzusetzen. Der Kanton wird einen Grossteil der Mehreinnahmen für attraktive Standortbedingungen einsetzen. Dazu gehören nebst Investitionen in Forschung und Entwicklung für uns auch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Arbeit, womit wir ja gestern mit der SP-Kitainitiative erfreulicherweise einen grossen Schritt in diese Richtung in Basel-Stadt gemacht haben und damit schweizweit wahrscheinlich eine Vorreiterrolle einnehmen können. Für uns auch selbstverständlich muss die Erhaltung und Schaffung von mehr Erholungs- und Grünraum für eine gute Lebensqualität prioritär sein, was uns insgesamt als Arbeits- und Lebensort attraktiver macht.

Was aber von der SP von Anfang an in der Debatte um die Verwendung allfälliger Mehreinnahmen immer gefordert wurde ist, dass ein Teil dieser Mehreinnahmen für die Bekämpfung der Armut eingesetzt wird. Das verstehen wir unter «allen zugute kommt». Das sind wir Finanzschwächsten in unserem Kanton schuldig, denn Armut bedeutet Stress für die Betroffenen, Armut grenzt von sozialer Teilhabe aus, isoliert und macht nachweislich krank. Der Kanton Basel-Stadt ist mit seinen Sozialleistungen im Vergleich zu gewissen anderen Kantonen besser, das stimmt und darauf sind wir stolz. Die Forderungen dieses Anzugs werden aber helfen, Armutsbetroffene stärker zu entlasten, etwa bei den immer teurer werdenden Mieten und hoffentlich auch dabei, dass ihnen für ihren Einkauf im Lebensmittelgeschäft am Ende des Monats noch etwas im Portemonnaie übrig ist. Denn das ist ihre Realität. Darum geht es in diesem Anzug. Es geht um ein Leben, wie es viele von uns hier drin gewohnt sind, indem wir einfach mal in ein Café gehen, wenn wir Lust darauf haben oder auch Ferien ausserhalb der vier Wände verbringen. Das ist immer noch ein Wunschdenken für diese Menschen.

Ja, es ist schön, dass wir uns im Kanton vieles und bald vielleicht noch mehr leisten können. Noch schöner ist es, wenn diese Mehreinnahmen tatsächlich allen zugute kommen und vor allem auch merklich den finanziell Schwächsten in unserem Kanton. Lassen Sie uns gemeinsam Armut in Basel-Stadt bekämpfen, weil wir es nämlich können, und überweisen Sie bitte diesen Anzug.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Richtigerweise haben Andrea Strahm und David Wüest-Rudin bereits vorhin bei der Debatte zur Motion Erich Bucher den Bezug zu diesem Anzug hergestellt. Weniger Steuern eintreiben ist skandalös, die Idee ist Wahlkampfgetöse. Mehr Geld für die eigene Klientel ausgeben, ist selbstverständlich untadelig und hat mit Wahlkampf nichts zu tun.



Nun gut, es geht hier um eine klassische Links-rechts-Debatte, wie auch vorhin bei der Motion Bucher. Uns wird eine klassische linke Forderungsvorgelegt. Es handelt sich hier um eine Breitbandumverteilungs-Initiative. Dazu sollen die OECD-Steuerereinnahmen verwendet werden, deren Einführungsdatum und Umfang nach wie vor völlig unklar sind. Regierungsrätin Tanja Soland hat das vorhin in ihrem flammenden Votum uns erklärt Ich freue mich jetzt schon auf das ebenso flammende Votum von Regierungsrat Kaspar Sutter zu diesem Anzug. Regierungsrätin Tanja Soland hat uns auch in Erinnerung gerufen, dass die OECD-Steuerereinnahmen für die Förderung und die Sicherung des Standortes eingesetzt werden müssen. Was sie nicht gesagt hat, aber wohl gemeint hat, ist, dass es darum geht, die guten Steuerzahler, also die grossen international tätigen Unternehmen, in Basel-Stadt zu halten und das erreicht man nicht, indem man den Grundbedarf der Sozialhilfe erhöht, Mietzinsgrenzwerte erhöht, Zuschüsse an soziale Institutionen erhöht, auch nicht, indem man die Working Poor unterstützt, für die wir erst gerade vor wenigen Jahren den Mindestlohn eingeführt haben, sondern das erreicht man durch die Förderung von Bildung, Forschung, Innovation, durch die Steigerung der Standortqualität auch für Expats – und dazu gehört auch die Steuerpolitik, auch das gebe ich zu –, durch Tagesbetreuungsangebote, wie wir sie gestern beschlossen haben.

Wenn der Standort Basel-Stadt für grosse international tätige Unternehmen an Attraktivität verliert und diese Aktivitäten in Basel abbauen, auch ohne komplett abzuziehen, dann verlieren wir nicht nur deren Steuersubstrat, sondern auch dasjenige ihrer gut bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und sollte dies nicht verhindert werden können, dann sprechen wir hier drin nicht mehr über Kitas, Mietzinszuschüsse und die zahlreichen Annehmlichkeiten des vermutlich am besten ausgebauten Sozialstaates der Schweiz, sondern dann sprechen wir hier drin wirklich über Ausgabenüberprüfungen und zwar im ganz grossen Stil. Und aus diesem Grund bitte ich Sie sehr, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Auf der Tribüne begrüsse ich zwei Klassen von «Link zum Beruf», einem Lehrgang der allgemeinen Gewerbeschule Basel für Erwachsene. Lehrperson ist Dominik Federer, herzlich willkommen. Wir freuen uns über Ihr Interesse an der Basler Politik (*Applaus*).

Nächster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Natürlich stimmt das GAB für die Überweisung dieses Anzug. Einen Teil der Einnahmen aus der OECD-Steuer für die Armutsbekämpfung zu verwenden, ist äusserst sinnvoll und wir stehen politisch zu 100 Prozent hinter diesem Anliegen. Der Kanton Basel-Stadt kommt durch die Einführung der OECD-Mindeststeuer zu zusätzlichen Einnahmen von rund 63 Millionen Franken. Diese Unternehmenssteuer der OECD begrüssen wir, diese ist gerechtfertigt und ein gutes Instrumentarium gegen internationale Steueroasen und gegen den irrsinnigen Steuerwettbewerb auf Kosten der Bevölkerung.

Wir alle wissen, dem Kanton Basel-Stadt geht es finanziell gut. Aufgrund unseres Standortes inmitten von Europa und den globalisierten Unternehmen verfügen wir über hohe Steuerereinnahmen und Kapital. Wir sind ein reicher Kanton, und trotzdem nimmt die Armut auch in unserem Kanton zu. Auch wenn die Unterstützungsfälle bei der Sozialhilfe in den letzten Jahren abgenommen haben, ist es nicht so, dass Armut nicht existiert. Sie findet vermehrt versteckt statt und ist mit grosser Scham behaftet.

Wie von Nicole Amacher schon erwähnt, war erst kürzlich der offizielle Tag der Armut. In der Schweiz sind rund 700'000 Menschen von Armut betroffen. Die Ungleichheit in der Gesellschaft nimmt hier und weltweit stetig zu. Neben der Klimakrise, den wachsenden Konflikten bis hin zu Krieg und dem Abbau von Demokratie ist die soziale Ungleichheit eines der zentralsten Probleme in der Welt. Je ungleicher eine Gesellschaft ist, desto grösser ist die Armutsfalle, desto grösser ist der Verlust an Demokratie und desto grösser ist die Gefahr der Machtübernahme von totalitären und antidemokratischen Parteien.

Die zusätzlichen Einnahmen der OECD-Steuern sollen gezielt für die Reduktion der Ungleichheit in unserer Stadt verwendet werden. Dies ist mit Sicherheit die bessere Idee, als die vollständigen Steuerereinnahmen wieder den globalisierten Unternehmen zurückzugeben. Steuerereinnahmen sind grundsätzlich gerechtfertigt und sinnvoll und leisten einen Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit. Dies ist ja auch der Sinn und Zweck von Steuern, der staatlichen Umverteilungspolitik. Nun könnte argumentiert werden, dass ein Teil der Forderungen bereits umgesetzt oder zumindest angedacht sind. Das stimmt, es betrifft aber nur einen Teil der Forderungen, und zudem gibt es keinen Grund, dass die Regierung darüber hinaus mit einem Anzug nicht aufzeigen kann, was er in Zukunft an Armutsprävention auch noch umsetzen könnte oder möchte.

Der Anzug will eine Prüfung betreffend Erhöhung der Sozialhilfe beziehungsweise eine Gleichschaltung mit den Ergänzungsleistungen. Es ist eine Prüfung, es ist ja nicht eine Motion. Dies ist ein berechtigtes Anliegen, welches auch bereits von der Caritas in ihren Sozialalmanachen thematisiert wurde. Die Ungleichheit durch die zwei Versicherungssysteme ist für die Armutsbetroffenen in der Praxis sehr hinderlich und es entsteht dadurch immer wieder grosse Not, aufgrund dieser zwei Versicherungssysteme, die sich gegenseitig die Fälle zuschieben. Hier wäre eine wirklich sehr wünschenswert.



Ebenfalls möchte der Anzug eine bessere Unterstützung von sozialen Organisationen, die in der Armutsprävention und Existenzsicherung tätig sind. Auch dies finden wir sinnvoll und notwendig. Es könnte zum Beispiel ein Innovations-Topf gemeinsam gegen Armut geäufnet werden, um neue Projekte zu finanzieren oder damit finanzielle Mittel direkt an Betroffene als Unterstützungsmassnahme ausbezahlt werden können und somit vielleicht auch Kunstgriffe via Lotteriefonds in Zukunft vermieden werden können.

Die letzte Forderung des Anzugs ist ebenfalls von Bedeutung für die Armutsprävention und für die Umsetzung der angenommenen Initiative Recht auf Wohnen. Neu soll der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für Armutsbetroffene auch beispielsweise via Immobilien Basel-Stadt geöffnet und erweitert werden. Bis heute ist bei diesem Thema eine grosse Zurückhaltung durch die Verwaltung spürbar. Es passiert schlichtweg zu wenig. Hier muss mehr unternommen werden und die Regierung müsste aufzeigen, wie und welchen Beitrag sie dazu leisten kann.

Ich bitte Sie, sich daher nochmals Gedanken zu machen und diesen Anzug trotz bestehender Skepsis dem Regierungsrat zur Prüfung zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Lassen Sie mich pro memoria festhalten: Wegen der OECD-Mindeststeuer haben künftig 100 Unternehmen in unserem Kanton höhere Steuern zu zahlen. Nicht, weil unser Kanton mehr Geld benötigen würde, nicht um irgendetwas Zusätzlich zu finanzieren, ohne Not, ohne Mehrwert. Es ist schlicht und einfach eine Verschlechterung der Standortbedingungen für die Unternehmen in unserem Kanton.

Jetzt haben wir diesen Anzug auf den Tisch, einen Anzug, der von einer völlig unrealistischen Erwartung bezüglich Einnahmen ausgeht. Es wurde schon mehrfach festgehalten, dass diese BSS-Studie sehr fragwürdig ist, die angeblich von 362 Millionen Franken ausgeht. Oliver Bolliger hat diese Zahl jetzt auch nochmal wiederholt. Schauen Sie sich das Budget 2024 des Kantons Basel-Stadt an. Da geht man von Gewinnsteuereinnahmen von 547 Millionen Franken aus. Wir erhöhen jetzt die Gewinnsteuer von 13 auf 15 Prozent, also damit nun 362 Millionen Franken einnehmen zu wollen, das zeigt, dass das vorne und hinten nicht stimmen kann.

Wenn wir jetzt nun diesen Anzug ablehnen, heisst das nicht, dass wir nichts gegen Armut machen wollen. Im Gegenteil, lassen Sie mich festhalten, die Sozialausgaben in diesem Kanton sind in den letzten 10 Jahren massiv gesteigert worden. Wir haben beispielsweise Prämienverbilligungen, die sich inzwischen auf um die 210 Millionen Franken belaufen. Das wurde von uns hier in diesem Kanton nie bekämpft, im Gegensatz zu anderen Kantonen, wo das immer ein grosser Diskussionspunkt ist. Sie können anerkennen, dass das auch von unserer Seite nicht bestritten wird. Wir haben gerade gestern, das wurde bereits erwähnt, einen hohen Kostenblock diskutiert bezüglich Kinderbetreuung. Wir haben später einen Anzug, ebenfalls von einer Melanie Nussbaumer, auf dem Tisch, eine Antwort des Regierungsrates, in der er auf 17 Seiten ausführt, was alles gemacht wird im Bereich der Alleinerziehenden. 17 Seiten Antwort auf einen Anzug, das ist doch eher ungewöhnlich. Also man kann wirklich sagen, in diesem Kanton wird nicht geknausert, wenn es um die Unterstützung von Armutsbetroffenen geht.

Man darf an dieser Stelle aber auch festhalten, dass ein substanzieller Teil der Mehrkosten, das darf man auch mal sagen, direkt oder indirekt staatlich mitverursacht ist. Die Entwicklung der Krankenkassenprämien ist zurückzuführen auf ein ziemlich verfehltes Gesundheitssystem mit relativ vielen Fehlanreizen, die zu einem massiven Ausgabenwachstum geführt haben, was sich wiederum auf die Steigerung der Prämien auswirkt. Schauen Sie sich mal ihre Stromrechnung an, wie hoch da der Anteil ist der staatlichen Abgaben, die Sie abliefern müssen und wenn wir über Mietzinsen sprechen, dann ist das auch ein Ergebnis einer verfehlten Wohnraumpolitik, die zu Knappheit führt und Knappheit führt zu steigenden Preisen.

Aber gehen wir zurück zu den OECD-Mindeststeuern und zu den Mehreinnahmen. Für uns ist klar, diese Mehreinnahmen, wie hoch sie auch immer sein mögen, müssen dafür eingesetzt werden, die Standortbedingungen für die Unternehmen zu verbessern. Ich habe eingangs gesagt, wir haben eine Verschlechterung der Standortbedingungen, wir müssen im internationalen Wettbewerb daran arbeiten, diese Standortbedingungen auf anderem Wege wieder zu verbessern, nicht einmal um besser zu werden, sondern nur schon um das aktuelle Niveau an Standortattraktivität zu halten. Da müssen wir unbedingt etwas investieren und das nützt letztendlich auch gegen Armut, denn die wirksamste Massnahme zur Armutsbekämpfung sind mehr Jobs. Nicht zuletzt darauf ist ja die tiefere Sozialquote zurückzuführen, die wir hier in diesem Kanton haben.

Deshalb lehnen Sie bitte diesen Anzug ab.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecherin ist Regierungsrat Kaspar Sutter.



RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Nein, hier geht es nicht um eine Links-rechts-Frage. Der eine Punkt, der hier angesprochen wird, ist die Sozialpolitik und die Armutsbekämpfung, und der andere Punkt ist, wie das finanziert werden soll. Das sind zwei unterschiedliche Fragen, die wir auch unterschiedlich und getrennt behandeln sollen.

Der Regierungsrat macht eine sehr konsequente Sozialpolitik, und das Ziel ist, dafür zu sorgen, dass die Menschen hier bei uns im Kanton leben können von denen Erträgen, die sie selbst verdienen oder die sie durch Transferzahlungen oder die Sozialhilfe erhalten. Entsprechend konsequent erhöhen wir die Krankenkassenprämienverbilligungen. Wir haben die Beiträge an obdachlose Menschen in Basel-Stadt deutlich erhöht vor einem Jahr. Wir sind meines Wissens der einzige Kanton in der Deutschschweiz, der Mietzinsbeiträge kennt, wir haben die Nebenkostenpauschale erhöht auf Anfang Jahr. Wir sind jetzt in der Vernehmlassung, damit diese Mietzinsbeiträge an Ein- und Zweipersonenhaushalte gehen. Da können wir konkret dann darüber diskutieren, ob dieser Schritt richtig und wichtig ist. Wir machen die Teuerungsanpassung sehr konsequent in allen sozialen Sicherungssystemen.

Wir machen also eine sehr aktive Sozialpolitik und wir sehen auch, dass die Anzahl Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, sinkt. „Deshalb mag ich die Aussage von Oliver Bolliger, dass die Armut in Basel-Stadt steigt, zu bezweifeln. Ich habe keine solchen Daten gesehen. Die Daten, die ich sehe, zeigen, dass die Anzahl Sozialhilfefälle sinkt und auch die Nichtbezugsstudie sagt, dass die Anzahl Menschen, die Bedarf haben, sinkt. Das ist die Ausgangslage, in unserem Kanton. Aber ja, wir wollen ein soziales Basel sein, deshalb auch unsere Änderungen und Anpassungen.“

Dann stellt sich aber hier bei diesem Anzug die Frage, wie wir die Sozialpolitik in unserem Kanton finanzieren wollen. Es ist meine ganz klare Überzeugung, dass das aus dem ordentlichen, kantonalen Budget finanziert werden soll. Sozialpolitik sollte stetig sein, beruhend auf Gesetzen, damit auch alle wissen, welches die Ansprüche sind, und nicht auf einem volativen Konstrukt mit OECD-Einnahmen basieren, die sie gerne in die Höhe treiben, wenn es gerade dafür spricht. Diese Studie, das wurde bereits gesagt, hat anscheinend mehr Daten zur Verfügung als wir. Wir können nicht davon ausgehen, dass dieser Betrag in dieser Höhe liegt. Und was ist, wenn der Pfeiler 1 kommt bei der OECD-Steuern, wenn diese Einnahmen deutlich sinken? Sollen wir dann die Sozialleistungen wieder senken? Ich glaube, das will niemand, und deshalb bitte ich Sie, die Sozialpolitik zu trennen von dieser OECD-Frage und die Sozialpolitik hier zu diskutieren. Und wenn es notwendig ist, die sozialen Transferleistungen zu erhöhen, soll das aus dem ordentlichen Budget finanziert werden.

Das ordentliche Budget wird zu einem grossen Teil auch von Gewinnsteuern und Kapitalsteuern finanziert. Wir haben ein Interesse, dass dieses Steuersubstrat auch der grossen Konzerne und Firmen, die hier sind, bei uns im Kanton bleibt, weil es essentiell ist für die Finanzierung unseres Staatswesens.

Und nun komme ich zur OECD-Steuerreform. Wir haben, wie gesagt, ein Interesse, dass wir weiterhin als Wirtschaftsstandort attraktiv sind und wir verlieren an Attraktivität durch die OECD-Steuerreform. Die Steuer ist nicht alles beim Entscheid, wo ein Standort einer Firma ist, aber es ist doch auch ein wichtiger Teil des Entscheides, ob eine Firma hier ist oder nicht. Und wir haben das grösste Interesse, dass die Firmen, die OECD-Steuerreform mehr Steuern zahlen, auch in Zukunft da bleiben. Auch wenn es um andere Firmen geht, die hierherkommen, wenn es um Entscheide geht, wo irgendwelche Firmenaktivitäten neu angesiedelt werden, ist das ein entscheidender Faktor. Deshalb sieht auch der Regierungsrat vor, dass diese Mehreinnahmen, diese Erträge durch die OECD-Steuerreform auch dazu verwendet werden sollen. Wir werden dabei auch soziale und ökologische Anliegen berücksichtigen. Es ist auch unser Ziel, dass wir das koppeln an Massnahmen und Entscheidungen, auch von der Firmenseite, die einen sozialen und ökologischen Mehrwert bringen für uns als Kanton.

Ich möchte Sie im Namen des Regierungsrats bitten, die Sozialpolitik weiterhin aus dem ordentlichen Budget zu finanzieren und die OECD-Gelder zu gebrauchen für unsere Standortattraktivität.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat die Anzugsstellerin Melanie Nussbaumer das Wort.

Melanie Nussbaumer (SP): Vielleicht müssen wir zuerst darüber nachdenken, was es heisst, in unseren Standort zu investieren. Das hat zum Beispiel Regierungsrätin Tanja Soland vorher betont. Sie hat damit natürlich ganz konkret unseren Wirtschaftsstandort gemeint, konkret die Bedingungen für die grossen Unternehmen. Wir haben es jetzt auch von Regierungsrat Kaspar Sutter noch einmal gehört. Meines Erachtens ist das eine viel zu enge Perspektive.

Mir geht es überhaupt nicht darum, mit diesem Anzug den Wert dieser multinationalen Unternehmen zu mindern. Mir geht es darum aufzuzeigen, dass unser Standort mehr ist als nur diese Firmen. Und wenn wir zu unserem Standort, von mir aus auch zu unserem Wirtschaftsstandort, wirklich Sorge tragen wollen, dann muss zwingend auch die soziale Kohäsion in den Fokus gerückt werden. Es gibt internationale Studien von grossen Ökonominen und Ökonomen, zum Beispiel von Thomas Piketty aus Frankreich, die darauf hinweisen, dass es eine Riesengefahr ist, auch für die Demokratie, wenn die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander geht.



Damit die Schere nicht weiter auseinander geht, können wir entweder bei den oberen Einkommensschichten kürzen und zum Beispiel höhere Steuern verlangen. Das haben wir in diesem Jahr abgelehnt, respektive wir haben für die hohen Einkommen sogar Steuersenkungen verabschiedet. Die andere Möglichkeit ist, dass wir bei den unteren Schichten ansetzen und dort griffige Massnahmen umsetzen, um die Schere zu verkleinern.

Die aktuelle Situation mit diesen Mehreinnahmen dank der OECD-Steuerreform bietet nun eine einmalige Chance, damit wir zusätzlich etwas für diese soziale Kohäsion tun können. Ich verspreche Ihnen, das wird auch für die internationalen Firmen einen grossen Wert haben. Ich kann Sie auch beruhigen, wir wollen nicht die ganzen Mehreinnahmen der OECD-Steuerreform für die Armutsbekämpfung ausgeben. Ja, ich habe mich auf eine Studie bezogen, es kann durchaus sein, dass die Beträge nicht so genau stimmen, aber vielleicht ist es ein Schätzwert. Aber unabhängig davon, wie viele Millionen es schlussendlich sein werden, für die Armutsbekämpfung braucht es eben gar nicht so viel, weil in diesen Einkommensschichten relativ wenig sehr viel ausmacht. Und natürlich weil wir zugegebenermassen schon ein gutes Netz haben, das anerkenne ich auch, Luca Urgese. Das können wir so wirklich festhalten, aber wir können auch festhalten, dass es noch viele Lücken gibt, und diese Lücken gilt es zu erkennen und zumindest zu verkleinern.

Wir haben das auch vor von Erich Bucher gehört beim Steuersenkungsvorstoss: Es wird genug Geld übrig bleiben, auch wenn wir mit diesen Mehreinnahmen der OECD steuern einen grossen Teil zur Unterstützung der Unternehmen ausgeben. Die Frage ist nur, was wir mit diesem Geld machen. Wir wollen mit diesem Anzug, dass eben auch die Schwächsten in unserer Gesellschaft von diesen Mehreinnahmen profitieren, denn Sie wissen es alle, die Stärke des Volkes misst sich am Wohle der Schwächsten. Das steht in unserer Bundesverfassung und das ist nicht einfach eine linke Forderung, wie Sie behaupten, Lorenz Amiet. Trotzdem, obwohl das in der Bundesverfassung steht, müssen wir hier drinnen immer wieder für die Bekämpfung von Armut kämpfen und das bedauere ich sehr. Vielleicht hat das auch damit zu tun, dass zum Beispiel Armutbetroffene von Lorenz Amiet despektierlich als Klientel bezeichnet werden.

Nun habe ich im Anzug ein paar Punkte aufgezählt, wo man an sich ansetzen könnte, nach Rücksprache mit vielen Sozialarbeitenden im Kanton und aufgrund wissenschaftlicher Studien. Es sind Lücken im sozialen Netz, die es anzugehen gilt. Aber ich sage das hier ganz klar und deutlich, das sind Vorschläge, die es zu prüfen gilt. Das ist auch im Sinne von Anzügen. Luca Urgese hat es bereits erwähnt, wir werden während dieser Session auch über einen anderen Anzug von mir entscheiden. Auch wir von der SP sind für eine Abschreibung, obwohl keine neue Massnahme zur Bekämpfung von Armut durchgesetzt wird mit diesem an Anzug. Es geht mir also nicht darum, einfach Geld ohne Massnahmenprüfung zu verteilen, sondern es soll natürlich Hand und Fuss haben und seine Wirkung entfalten.

Lassen Sie uns deshalb auch diesen Anzug überweisen, um zu prüfen und zu berichten, was möglich ist. Denn die Stärke des Volkes misst sich am Wohle der Schwächsten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung. Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 49 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001672, 19.10.23 10:33:45]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Überweisung. Der Anzug ist erledigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 49 NeinStimmen bei 46 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung



18. Anzug 4 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Problemlösungen für die Konflikte auf dem Vorplatz des Bahnhofs SBB

[19.10.23 10:34:01, 23.5381.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

19. Anzug 5 Bruno Lötscher und Konsorten betreffend Veloroute Gellert-Jacob Burckhardt-Strasse-Gundelingen

[19.10.23 10:34:34, 23.5382.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Wenn ich die Kreuztabelle ansehe, hege ich wenig Hoffnung, eine Mehrheit zu finden, die diesen Anzug nicht überweisen will. Die Bedeutung der Attraktivität des Fahrrads und deren Steigerung erscheint hier im Rat einmal mehr von höchster Wichtigkeit zu sein. Als treibende Kraft in diesem Zusammenhang werden dieses Mal die Schüler hervorgehoben. Diese Schüler besuchen entweder die Fachmaturitätsschule in der Engulgasse, das Wirtschaftsgymnasium oder die Wirtschaftsmittelschule an der Andreas Heusler-Strasse. Von dort aus gibt es mehrere Möglichkeiten, um ins Gundeli zu gelangen. Entweder können sie dem St. Alban-Ring entlang durch den Velotunnel fahren oder via Sevogelstrasse in die St-Jakobsstrasse gelangen, wo sie auf der eigens für Rradfahrer die aufgehobene Autospur benützen können, um so sicher ins Gundeli zu gelangen. Ja, die Fahrzeit mag ein bis zwei Minuten länger dauern, garantiert den Velofahrenden jedoch eine sichere Route, da wir in den Nebenstrassen entweder Velostrassen oder maximal Tempo 30-Zonen haben. Auf diesen alternativen Strecken gibt es keinerlei Konflikte mit Fussgängern und schon gar nicht mit Autofahrern.

Machen wir uns nichts vor, das Trottoir ist und bleibt für Velofahrer steht die Alternative, um auf dem schnellsten Weg vorwärts zukommen. Das Konfliktpotenzial mit den Fussgängern bleibt bestehen, mit oder ohne Markierung, da es sich in diesem Fall nicht um einzelne Schüler, sondern um Gruppen handelt. Und da die Gesamtanierung des Knotens sowieso kommen wird, überlassen wir Regierungsrätin Esther Keller und ihrem Team lieber eine sorgfältige Planung. Wir hegen keinen Zweifel, dass dies zu ihrer vollsten Zufriedenheit ausgeführt wird. Und aus diesem Grund danke ich Ihnen im Namen der SVP-Fraktion, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit hat der Anzugssteller Bruno Lötscher das Wort.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich bitte Sie selbstverständlich, diesen Anzug zu überweisen. Ich weiss nicht, wo Gianna Hablützel wohnt, aber ich sehe dort täglich diese Konfliktsituation. Fussgänger hat es fast keine. Ich bin selber Autofahrer, Velofahrer und Fussgänger. Man könnte dort mit einer einfachen Massnahme eine Verbesserung bewirken und ich kann mir nicht vorstellen, was es bringt, hier Jahre lang zu warten, wenn man jetzt konkret auf einen erkannten Punkt hinschaut, wo eine Verbesserung im Interesse vor allem der velofahrenden Schülerinnen und Schüler möglich wäre, ohne dass Autofahrer oder Fussgängerinnen oder Fussgänger wesentlich tangiert werden. Denn Fussgänger hat es in diesem Bereich sehr wenige und der Platz vor diesem Helvetia-Gebäude würde es erlauben. Es sieht auch so aus, als ob die Eigentümerschaft bereit wäre Hand zu bieten, dort etwas Platz einzuräumen, falls man dort eine Verbesserung für Velofahrende vornimmt. Ich bitte Sie also, den Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki. Wir stimmen ab.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 11 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001675, 19.10.23 10:38:48]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 75 Ja-Stimmen bei 11 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

20. Anzug 6 Joël Thüring betreffend Aufwertung des Vorplatzes / Eingangsbereich und der Wartezone für Busreisende am Bahnhof SBB

[19.10.23 10:39:03, 23.5388.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Ich spreche hier im Namen der SP und des GAB. Wir anerkennen, dass es ein Problem beim Bahnhofvorplatz gibt, dass man da etwas machen muss. Wir haben vorher stillschweigend den Anzug von Christoph Hochuli überwiesen, der eine stärkere Polizeipräsenz präventiv verlangt, aber nicht nur, sondern auch verschiedenste soziale Ansätze verfolgt, um zu versuchen, diese Situation zu verbessern. Wäre der vorliegende Vorstoss der einzige gewesen, der zu dieser Thematik vorliegt, hätten wir ihn vielleicht auch durchgewinkt. Wir finden aber den Vorstoss von Christoph Hochuli aus verschiedensten Gründen sinnvoller, auch weil für uns die Verbesserung der Aufenthaltsqualität, so wie sie im Vorstoss beschrieben ist, ein bisschen etwas hat von City Cleaning, etwa in dem Sinne, dass man die zwei, die dort sitzen, nicht unmittelbar vertreiben darf, aber man soll vielleicht durch bauliche Umgestaltung oder Veränderung der Bauqualität doch schauen, dass sie dann doch nicht dort sitzen respektive dass andere dort sitzen und sich an dieser Situation etwas verbessert.

Wir wissen, dass es zum Teil sehr schwierige Situationen gibt, aber wir wissen auch, dass das ein Aufenthaltsort ist, an dem sich viele Randständige in unserem Kanton nun einmal aufhalten, so wie in ganz Europa die Umgebung von Bahnhöfen häufig Leute anzieht, die zum Beispiel ein Alkoholproblem haben, in einer randständigen Position oder obdachlos sind. Wir denken, dass es doch auch wichtig ist, dass diese Leute sich im öffentlichen Raum aufhalten können. Solange es nicht zu unschönen Szenen kommt, ist das an der besagten Stelle auch nicht irgendwie hoch problematisch. Wer regelmässig am Bahnhof ist und den Zug nimmt kann ohne Schwierigkeiten zügig vorbeigehen Richtung Tramgleis. Es soll aber ein gewisser Mindeststandards in Bezug auf Sicherheitsqualität gewährleistet sein, so dass die Kantonspolizei oder die Sanität nicht ständig dort tätig sein müssen.

Wie gesagt aus diesem Grund finden wir den Anzug Hochuli, den wir unterstützt haben, besser formuliert und eindeutiger in dem Sinne, dass er auch nicht durch sanfte Massnahmen auf eine Fast-Vertreibung hinwirkt, sondern auf soziale Massnahmen und nicht nur auf Polizeipräsenz setzt. Und insofern haben wir dem eine Präferenz eingeräumt, sind gegenüber dem Anzug Thüring ein bisschen skeptisch und lehnen deshalb eine Überweisung desselben ab.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Beat Braun-Gallacchi.

Beat Braun-Gallacchi (FDP): Ich spreche für die LDP- und die FDP-Fraktion. Tim Cuénod hat gesagt, dass sie den Anzug Hochuli besser fänden und den Anzug Thüring ablehnen. Wir sehen den Anzug als Ergänzung zum Anzug Hochuli. Es geht



um einen Anzug, also um ein Prüfen, welche Verbesserungen erreicht werden können. Es ist ja noch gar keine Massnahme definiert. Ich verstehe nicht, wie jemand gegen ein Prüfen von eventuellen Verbesserungen sein kann. Wir finden das sinnvoll und empfehlen, den Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat der Anzugsteller Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie, den Anzug zu überweisen. Tim Cuénod hat einige Dinge unterstellt, die nicht Teil dieses Anzuges sind. Es geht darum, dass dieser Platz eine Visitenkarte ist, er ist das Einfallstor in unsere Stadt für ganz viele Menschen, die nach Basel kommen. Und seien wir doch ehrlich, die Situation dort ist doch alles andere als schön, und dabei geht es mir gar nicht nur um die Randständigen. Schauen Sie sich die Situation genau an, sie wird in diesem Winter noch viel schlimmer werden. Seit einigen Monaten halten ja die Busse auf der Seite des Ausgangs oder Eingangs, je nachdem, wie man es sehen will. Jetzt kommt die Regenzeit. Diese Leute stehen jetzt im Eingang zum Bahnhof, weil es dort eine Bedachung gibt. Nebenan, wo die drei Busse halten, gibt es keinen Regenunterstand. Das heisst, diese Menschen stehen jetzt zehn Minuten im Regen, dann auch noch auf engstem Raum, weil es ja sowieso eng ist, schlagen sich gegenseitig dann vielleicht die Schirme um die Köpfe, weil sie noch den Koffer dabei haben. Wenn sie aus dem Bus aussteigen, kommen sie kaum durch die Massen. Die Situation im ganzen Eingangs/Ausgangsbereich ist völlig ungünstig. Und auf der anderen Seite gibt es Bänke, die irgendwie nicht genutzt werden können, weil sie dauerbelegt sind. Ich sage nicht, dass man diese Menschen dort entfernen soll, aber wir müssen doch eine Qualität auf diesem Platz schaffen, die auch diesem Platz entspricht. Es ist ein zentraler Platz, er heisst ja auch Centralbahnplatz. Es ist also nicht irgendein Örtchen in der Stadt. Es geht darum, dort eine Aufenthaltsqualität zu schaffen und den Menschen, die dort um- und einsteigen, warten müssen, auch die Möglichkeit zu geben, nicht minutenlang im Regen nass stehen zu müssen. Vorher haben Sie einen Vorstoss unter anderem von mir auch abgehend, weil sie gesagt haben, für ältere Leute sei das Umsteigen schwierig. Ich frage sie ganz konkret, wo kann eine ältere Person warten und sitzen, die auf den 30-er-Bus gehen möchte? Nirgendwo. Wo die Busse sind, gibt es keine Sitzgelegenheiten und dort wo es Sitzgelegenheiten gäbe, sind sie belegt.

Ich verstehe Ihre Haltung nun wirklich überhaupt nicht. Es geht auch darum, dass wir diesen Platz so denken und so gestalten, dass er für alle etwas bringt. Das bedeutet nicht, dass man Randständige vertreiben muss. Aber ich muss Ihnen auch etwas sagen, Tim Cuénod, Sie wohnen ja im Gundeli oder zumindest setzen Sie sich für das Gundeli stark ein: Ich bekomme von vielen Menschen Rückmeldungen, dass sie sich gerade an den Randzeiten aufgrund der Situation auf diesem Vorplatz sehr unwohl fühlen. Gehen Sie einmal an einem Abend gegen 23 Uhr auf diesen Platz. Es ist laut, es wird geschrien, es wird gejoht, es fliegen Flaschen, es ist dreckig. Ich sage nicht, dass man dieses Problem dort wegschaffen kann. Darum geht es nicht. Aber viele Menschen haben subjektiv ein Unbehagen aufgrund dieser Situation. Und allen diesen Menschen sagen Sie jetzt, wir wollen nichts machen. Der Anzug Hochuli ist ein Teil ja, aber das alleine wird das Problem nicht beheben. Das zweite Problem in meinem Anzug bezüglich den Passagieren, die auf den ÖV wollen, ist mit dem Anzug von Christoph Hochuli überhaupt nicht abgedeckt. Das ist kein Vorwurf an Christoph Hochuli, denn darum ging es ihm mit seinem Vorschlag auch nicht.

Ich glaube wirklich, dass dieser Vorstoss ein Anliegen adressiert, das man prüfen und worüber man berichten kann, damit unsere Stadt lebenswerter und attraktiver wird. Das ist doch im Interesse aller. Gerade Sie, Tim Cuénod, der sich ja sehr stark auch dafür einsetzt, dass das Gundeli lebenswert ist, sollten doch ein Interesse daran haben, dass es auf der anderen Seite des Bahnhofes auch lebenswert ist.

Deshalb bitte ich Sie, meinen Vorstoss zu überweisen. Geben Sie diesem Anliegen eine Chance. Ich glaube insbesondere auch für die Busreisenden muss dringend etwas getan werden. Es geht nicht, wie es im Moment ist, das wird im Winter sonst ein Riesenproblem werden, diese Menschenmassen, die keinen Schutz finden, die dann den Eingangsbereich, der ohnehin schon sehr eng ist, blockieren werden. Das gibt ein Chaos, und das können Sie nicht beheben, indem Sie jetzt einfach sagen, wir machen nichts. Deshalb wäre es gut, wenn wir diesem Anzug diese Chance geben. Ich bitte Sie, ihn deshalb zu überweisen, auch vielleicht nur schon um zu erreichen, dass wenigstens bei der Wartezone sich etwas verbessert.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod vor.

Tim Cuénod (SP): Die Sache mit der Wartezone ist unumstritten. Sie sagen, der Platz ist die Visitenkarte für die Stadt und ein zentraler Platz. Ist die logische Konsequenz dieses Gedankens nicht, dass es besser wäre, diese Menschen wären nicht dort, wenn das so wichtig ist als Visitenkarte.

Joël Thüring (SVP): Nein, denn ich bin auch nicht blauäugig. Wenn wir diese Menschen von dort vertreiben würden, um jetzt ein unschönes Wort zu benutzen, dann haben wir diese Problematik irgendwo in unmittelbarer Nähe, zum Beispiel auf der



Elisabethenanlage und das wollen wir auch nicht. Ich glaube, mein Anzug ergänzt das Anliegen von Christoph Hochuli, das Ihnen ja besonders wichtig ist.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Tim Cuénod. Wir Stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 45 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001677, 19.10.23 10:50:33]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 46 Ja-Stimmen bei 45 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

21. Anzug 7 Christian von Wartburg und Lisa Mathys betreffend Basel als Gastgeberin eines «Europa-Konzils»

[19.10.23 10:50:52, 23.5389.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Erster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Es fängt an mit einer historischen Einordnung. Es heisst, das Konzil für Basel zähle sie den bedeutendsten Synoden. Mindestens im heutigen katholischen Kirchenrecht sind Konzil und Synoden zu unterscheiden. Ein Konzil hat Entscheidungsbefugnis, eine Synode nur Beratungsbefugnis. Ich bin jetzt sich der so grosse Kenner des katholischen Kirchenrechtes, wie es wahrscheinlich Christian von Wartburg ist, ich warte da noch auf Aufklärung.

Christian von Wartburg und Lisa Mathys haben diesen Vorstoss verfasst. Beide sehen sich ab dem nächsten Wochenende im Nationalrat. Und dies wäre eher ein Vorstoss für die nationale Bühne. Wir sollten hier nicht Probestübne sein für Bern. Dieser Vorstoss gehört nach Bern und es ist wirklich Teil dieser Wichtig-tuer-Aussenpolitik der kleinen Stadt Basel, die ich auch schon tadeln durfte. Ich bin froh, dass dies diesmal nicht von der Regierung aus kommt und die Regierung das auch so nicht will.

Das Konzil von Basel war für uns wichtig, weil es schlussendlich zur Universität führte, aber es war keine grosse Erfolgsgeschichte. Die Kirche hat sich damals gespalten, es wurde ein Gegenpapst gewählt, ein Teil des Konzils wurde in andere Städte verlegt. Warum wir da anschliessen sollen, erschliesst sich mir nicht. Basel ist immer bereit, für wichtige Konferenzen ein Tagungsort zu sein. Aber ich meine, wir sollten nach Bern gelangen und Bern soll der EU eine Einberufung eines solchen Konzils vorschlagen und dann Basel nominieren als Gastgeber. Diese Umwege können wir uns jetzt hier sparen. Wenn es zu einer Versammlung kommt, wie damals bei der OECD, dann kommen sie nach Basel und das sollen wir unterstützen. Aber also hier den Eindruck zu erwecken, in Basel könne die Welt gerettet werden, ist ein bisschen hoch gegriffen. Das können Sie dann beide irgendwann mal gerne in Bern zu Gunsten von Basel vorbringen. Dort gibt es aber dringlichere Themen für Basel. Das heisst nicht, dass der Frieden nicht wichtig ist, aber ich glaube, es spielt keine Rolle, ob das dann in Basel stattfindet oder in Strassburg. Da sollten wir auch eine gewisse Demut zeigen.

In diesem Sinne bin ich gespannt auf die weiteren historischen Aufklärungen von Lisa Mathys und Christian von Wartburg. Ich bitte Sie, der Regierung zu Folge und den Anzug nicht zu überweisen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Auch ich bin kein Kirchenrechtler und auch kein Kirchenhistoriker. Ich freue mich auch auf diese Ausführungen. Das GAB lehnt diesen Anzug ab und das hat zwei Ebenen, die schon David Jenny etwas angesprochen hat.

Das erste ist eine historische. Wir sehen, dass das Wikipedia-Wissen nicht reicht, um eine historische Einordnung vornehmen zu können. Ja, die Hussitenfrage wurde gelöst, es war äusserst wichtig für Basel und in Basel haben sich bedeutende Persönlichkeiten der Renaissance getroffen und konnten hier ihre Ideen austauschen. Sie haben die Renaissance dadurch weiter befruchtet und auch in den nördlichsten Alpen zur Blüte gebracht. So weit so gut. Es war sicher kein schlechter Anlass. Aber wie das schon David Jenny gesagt hat: Martin der fünfte starb noch im gleichen Jahr. Es kam zu einem Konflikt zwischen den Konziliaren und dem Papst. Es wurde ein neuer Papst gewählt. Dieser hat nach fünf Monaten das Konzil aufgelöst. Er musste es sich dann in Verhandlung mit Kaiser Sigismund wieder eingestehen und das Konzil die Auflösung des Konzils widerrufen, damit dieses wieder tagen konnte. Insgesamt war das ganze Konzil über all diese Jahre sehr chaotisch. Ich weiss nicht, wie es als eine Vorlage dienen soll. Auch wenn es 18 Jahre dauern würde, weiss ich nicht, ob das der Sinn wäre. geht.

Der zweite historische Punkt ist, dass das genannte Gegenkonzil, das in Ferrara und anschliessend in Florenz getagt hat, viel bedeutender war in dem Aspekt, den Sie in der europäischen Einigung andenken. Das byzantinische Reich wurde von der osmanischen Armee auf allen Ebenen bedrängt und war hilflos und hoffte verzweifelt auf Unterstützung – und wie wir wissen vergeblich, da die internationale Solidarität damals noch nicht so hoch war. Es wurde im Stich gelassen. Und so hat sich der Kaiser Johannes der siebte dann dazu bewegen lassen, nach Florenz zu kommen mit einer byzantinischen Delegation. Mit dabei war Metropolit Isidor von Kiew, der Patriarch von Konstantinopel und sie haben sich dort mehr oder weniger der katholischen Kirche unterworfen und haben die Kirchenunion begründet. Jedoch auch das scheiterte letztendlich, weil die Bevölkerung im Osten und auch der Klerus im Osten sich überhaupt nicht dafür interessierten, dass sie jetzt Teil der katholischen Kirche sein sollten. Hier wird also eine Verbindung gemacht, die überhaupt nicht stimmt.

Schliesslich geht es um die inhaltliche Ebene. Dazu hat David Jenny auch schon viel gesagt. Niemand hat auf uns gewartet, dass wir so etwas einberufen. Es gibt schon zahlreiche Institutionen, es gibt das Europaparlament, es gibt den Europarat, es gibt die OSCE, wo diese Fragen diskutiert werden könnten. Ich verstehe auch nicht ganz, dass dieser Vorschlag aus der SP-Fraktion kommt. Seit das Rahmenabkommen 2021 beerdigt wurde, ist Regierungspräsident Beat Jans sehr umtriebig, die ganze Regierung ist sehr umtriebig und setzt sich dafür ein, dass man eine Lösung findet, um wieder mit Europa ins Gespräch zu kommen. Das ist eigentlich die erste Vorbedingung dafür, dass die Schweiz überhaupt irgendetwas zu sagen hat in Europa. Wenn Sie als SP-Fraktion etwas tun wollen, dann beerdigen Sie doch diesen Anzug und konzentrieren Sie sich darauf, die SP-Fraktion in Bundesbern dazu zu bringen, Beat Jans auf das Ticket für den Bundesrat zu setzen und am Schluss auch als Bundesrat zu wählen. Das würde Basel, Europa und der Schweiz viel mehr helfen als dieser Anzug. Wir bitten Sie also, diesen abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist die Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Ich bedanke mich herzlich für die Geschichtslektion. Das Historische werde ich grösstenteils Christian von Wartburg überlassen. Mir geht es in meinem Votum wirklich mehr darum, welche Rolle Basel spielen kann und soll auch aufgrund dessen, wo Basel liegt und was Basel ist.

Eigentlich ist es ja extrem offensichtlich: Was die Welt, die aktuell mehr und mehr aus den Fugen gerät, braucht, ist eine bessere Zusammenarbeit, mehr Dialog. Und es braucht Orte und Gefässe, wo Gespräche und Verhandlungen stattfinden können. Es war Ihr Bundesrat, David Jenny, der es geschafft hat, dass die Beziehung der Schweiz zu Europa stark ramponiert ist aktuell, und dies ausgerechnet in einer Zeit, in der wir wirklich zusammenrücken sollten, in einer Zeit, in der wir gemeinsam grosse Herausforderungen angehen sollten, in einer Zeit auch, in der wir gegenseitig aufeinander angewiesen sind.

Unser Vorstoss will, dass Basel anbietet, Ort für eine gross angelegte diplomatische Verhandlung zu sein. Welche andere Stadt würde sich dafür besser eignen als Basel und die Regio im Herzen Europas, im Dreiländereck und eben auch in einem Umfeld, wo die Bedeutung der guten Zusammenarbeit im Alltag von uns allen so unmittelbar spürbar und klar ist? Als Unistandort, als Forschungsstandort, als kulturelles Zentrum, als Stadt mit direkten Tramverbindungen ins Ausland, was ein wichtiges Symbol ist für die enge Verbindung als Stadt, die täglich von ganz vielen Grenzgänger:innen und deren Arbeitskraft profitiert.

Wir bedauern es, dass der Regierungsrat diese Rolle nicht anbieten will. Wir sehen darin nach wie vor eine grosse Chance, auch für das Renommee von Basel. Unsere Stadt könnte einen nicht zu unterschätzenden Beitrag leisten für eine andere,



bessere Zusammenarbeit in Europa. David Jenny, ich verspreche Ihnen, falls ich in den Nationalrat gewählt werde, nehme ich das Anliegen auch dorthin mit.

Die SP-Fraktion ist weiterhin für die Überweisung des Vorstosses.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Thommen. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Ich freue mich über Ihre Liebe zu Basel und zum Dreiländereck. Aber glauben Sie nicht, dass zum Beispiel Genf als internationaler Standort ganz vieler Organisationen zum Beispiel noch eine viel grössere Strahlkraft hätte und vielleicht noch viel mehr Menschen aus viel mehr Ländern vereinen könnte?

Lisa Mathys (SP): Ich sehe es als ein Angebot von Basel. Wenn das Angebot auch aus Genf kommt, finde ich das auch eine schöne Sache.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: In Vertretung des Regierungspräsidenten nehme ich gerne Stellung im Namen des Regierungsrates. Um Oliver Thommen gleich zuerst zu widersprechen: Basel ist ein wichtiger Kongressstandort. Wir haben eine Kongressinfrastruktur, die mit Genf mithalten kann. Wir haben die Infrastruktur und die Gegebenheiten, die es uns ermöglichen, Kongresse und Treffen hier in Basel durchzuführen. Und das hat ja auch immer wieder stattgefunden und wird auch immer wieder stattfinden hier bei uns in Basel.

Ich möchte auch historisch zurückgehen. Am Vorabend des ersten Weltkrieges hat sich in Basel die sozialistische Internationale getroffen, die Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung in Europa, die den ersten Weltkrieg verhindern wollten in Basel im Münster. Geglückt ist es leider nicht, aber sie haben sich hier getroffen. 100 Jahre später haben sich die Aussenministerinnen und Aussenminister der OECD unter dem Vorsitz des damaligen Bundesrats Didier Burkhalter zu ihrem Jahrestreffen hier in Basel zusammengefunden. Wir waren Gastgeber hier in Basel für dieses Zusammentreffen. Seither haben das EDA und der Bund verschiedene, auch kleinere diplomatischen Gesprächsrunden hier in Basel durchgeführt, solche, die öffentlich geworden sind, wie das Treffen von Bundesrat Ignazio Cassis mit der slowenischen Aussenministerin im Februar auf dem Wenkenhof oder auch von Bundesrätin Simonetta Sommaruga mit ihren deutschsprachigen Umweltministerkolleg:innen.

Wie der Regierungsrat in der Beantwortung der schriftlichen Anfrage Leonhardt zur Gaststadtpolitik ausgeführt hat, verfolgt er mit seiner Strategie, politische Konferenzen nach Basel zu bringen. Die Strategie wird derzeit aktualisiert. Parallel dazu sind wir mit Bundesbern auf verschiedenen Ebenen in Kontakt, um Möglichkeiten für Basel als Konferenzort herauszufiltern. Gleichzeitig bieten wir uns auch aktiv an, zuletzt als Kandidatin für die COP31. Bei all diesen Projekten sehen wir unseren Kanton als Gastgeber und Ermöglicher und die bisherigen positiven Rückmeldungen der OECD, des EDA und der ausländischen Gäste bestärken uns auch in diesem Vorgehen.

Auch in der Europapolitik verfolgen unser Kanton und der Regierungsrat eine aktive Rolle. Wir positionieren uns öffentlich für die Lösung der offenen Verhandlungspunkte und nehmen in den Gremien der Kantone und der Städte eine klare und aktive Rolle ein, denn unser Kanton ist als wirtschaftlicher Innovationsmotor der Schweiz und als Universitätskanton auf ein geregeltes Verhältnis der Schweiz mit der EU angewiesen. Sobald der Bundesrat das Verhandlungsmandat beschlossen hat, werden wir weiterhin die Rolle einnehmen, um auch die Notwendigkeit des geringen Verhältnisses im innenpolitischen Dialog zu erklären, auch gegenüber denjenigen Kantonen, die nicht gleichermassen betroffen sind. Unser Ziel ist es, dass wir die in diesem Jahr in der KDK erreichte Einigkeit der Kantone auch in der anstehenden materiellen Diskussion erreichen können zugunsten von geregelten Beziehungen der Schweiz mit der EU.

Sie sehen, Basel-Stadt ist als Gastgeber aktiv und wir verfolgen eine aktive Rolle in der Europapolitik. Aber wir sehen uns nicht als Initiant eines Europa-Konzils, das wir dem Bundesrat und in Folge der EU beliebt machen sollen. Wir sehen grössere Chancen für die Idee, dass Basel weiterhin Ort des Dialogs und der Diskussion über Grundsatzfragen sein kann, wenn wir uns auf die beiden Handlungsfelder Gaststadtpolitik und aktive Europapolitik konzentrieren. Wir beantragen Ihnen, uns den Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist André Auderset.



André Auderset (LDP): Ich spreche für die LDP und auch für die SVP. Ich muss zuerst sagen, dass ich über die Kollegen David Jenny und vor allem Oliver Thommen sauer bin, nicht weil ich anderer Meinung wäre betreffend der Einschätzung des Anliegens, aber weil ich mir lustvoll das Ganze historisch recherchiert habe, und jetzt haben mir die beiden schon fast alles vorweggenommen.

Das soll aber nicht meine Lust weiter schmälern, hier einige Ausführungen zu machen. Vor allem bleibt es mir nicht ganz erspart, gegenüber den Anzugstellenden einen gewissen Plagiatsvorwurf oder -verdacht zumindest zu äussern. Schauen Sie doch auf der Seite konstanz.de im Internet nach, da finden Sie nämlich die Einladung und auch die Unterlagen zu einem Europa-Konzil, das im September 2022 durchgeführt wurde, mit derselben Berufung auf ein Konzil und warum das so wichtig ist und wieso man dies genau hier im Grenzraum durchführen soll und so weiter. Und das soll übrigens im 2023 oder 2024 wieder stattfinden. Also insofern kann man sagen, wir können das lassen, Konstanz macht es schon. Diejenigen, die hinwollen, sollen doch dann bitte etwas den Rhein aufwärts gehen, dann geht das nämlich auch.

Wobei die Berufung auf das Konzil von Konstanz wirklich eine gewisse Berechtigung hat. Das Konzil von Konstanz dauerte von 1414 bis 1418, gerade einmal vier Jahre. Das Konzil zu Basel dauerte 18 Jahre und zwang die Bevölkerung, die Teilnehmer und ihre Entourage während dieser Zeit zu beherbergen und durchzufüttern. Das war alles andere als gratis. By the way, zu dieser Entourage gehört auch eine stattliche Zahl von Damen und Herren, die man heute als Sexarbeiter und Sexarbeiterinnen bezeichnen würde. Auch diese mussten durchgefüttert werden.

Ein paar historische Worte möchte ich trotzdem sprechen, so weit sie nicht eben bereits vor allem von Oliver Thommen gesagt wurden. Der Papst der nach Martins Tod nachfolgte, Eugen der Vierte, hatte ja sehr schnell Konflikte mit dem Konzil. Er war nämlich der Ansicht, der Papst habe das Sagen, was in der Kirche läuft. Das Konzil war der Meinung, das habe das letzte Wort. Und wenn man sich nicht einig wurde, verlegte der Papst das Konzil einfach mal nach Ferrara. Das hat aber etwa die Hälfte der Teilnehmer nicht interessiert, sie blieben hier, woraufhin sie exkommuniziert wurden, was sie wiederum damit beantworteten, dass sie sich einen eigenen Papst wählten, nämlich Amadeus den Achten von Savoyen. Der ging immerhin in die Geschichte ein. Insofern hat das Konzil zu Basel einen geschichtlichen Hintergrund, dass damit der bis heute letzte Gegenpapst in der katholischen Geschichte verbunden ist.

447 verlor das Konzil dann auch die politische Unterstützung und nachdem Friedrich der Dritte mit dem besagten Papst das Wiener Konkordat geschlossen hatte, forderte er dann die Basler ultimativ auf, den verbleibenden Rest des Konzils zur Stadt rauszuwerfen, was dann 499 auch geschah, indem sie nach Lausanne abgingen.

Was blieb von diesem Konzil? Ringsum gerodete Wälder, denn während 18 Jahren musste sehr viel Brennholz mehr gebraucht werden. Ein stark verschmutzter Rhein, denn eine Kläranlage gab es damals noch nicht und die erleichterten sich alle in diesem Fluss. Und ein praktisch ausgerodeter Wildbestand. Auch hierzu ein kleiner Fun Fact: Einige Wochen jeweils im Jahr wurden die Wildschweine durch den Rhein gejagt. Warum dies? Das war die Fastenzeit und während der Fastenzeit darf man alles essen, was aus dem Wasser kommt. Also man sieht, schon damals hatte der Katholizismus eine gewisse pragmatische Ader.

Nun diese kurzen Beispiele dürften zeigen, dass die Anzugssteller mit dem Konzil zu Basel sich ein schlechtes Beispiel für einen Grossanlass in unserer Zeit genommen haben. Es ist schon sehr vermessen, an einem solchen Neo-Konzil die «Lösung der drängenden Frage im europäischen Raum zu definieren». Das wird wohl nicht geschehen. Zudem ist anzunehmen, dass die meisten Teilnehmer nicht mit dem Lastenvelo kommen und hier auch atmen und essen, also CO₂ emittieren.

Aber in einer Hinsicht war tatsächlich das Konzil zu Basel richtungsweisend. Hier trafen sich nämlich zum ersten Mal alle Experten der Hexenverfolgung. Da fand eine Vernetzung statt und danach konnte man sehr konzentriert und mit gleichen Massstäben die Hexen in ganz Mitteleuropa verfolgen. Aber ich glaube nicht, dass das ein Zweck ist, den man heute noch verfolgen möchte. Insofern ist der Antrag von LDP und SVP: Lassen Sie es, versenken Sie den Anzug. Ich bin froh, dass am Sonntag Wahlen sind, dann hört es auch mit solchen Vorstössen auf.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Ich werde keine historischen Ausführungen machen. Dafür ist die Sache auch zu politisch. Mir sind die politischen Punkte wichtig, es geht ja um die Europapolitik. Es ist bekannt, die Grünliberalen sind starke Befürworter und auch Treiber einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Europa und konkret mit der EU. Der Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen war ein kolossales Politversagen, nicht nur des Bundesrates, sondern auch von Parteien und Interessengruppen, welche diese Verhandlungen torpediert haben. Daher unterstützen wir grundsätzlich das Anliegen, den Dialog aufrechtzuerhalten.



Aber sagen wir es klar, mehr als eine symbolische Aktion ist so ein Konzil nicht. Entscheidend für das Verhältnis zu Europa sind die Verhandlungen des Bundes. Da muss ich schon in Richtung SP ein paar deutliche Worte sagen. Sie haben zwar zu Recht auf die FDP verwiesen, die im Bundesrat zum Scheitern der Verhandlungen beigetragen hat. Aber dann schauen Sie bitte auch in den Spiegel. Es waren die Gewerkschaften und die SP, die massgeblich auch zu diesem Scheitern beigetragen hatten. Und da ist es schon ironisch, wenn nicht sogar etwas zynisch, wenn gerade die SP, die zum Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen beiträgt, diesem entscheidenden Gefäss, um das Verhältnis zu Europa zu regeln und voranzubringen, nun mit solchen symbolischen Vorstössen vor den Wahlen noch Europa-Punkte zu sammeln versucht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SP in der Europa-Region: In den Verhandlungen kann man Europaflagge zeigen, dort muss man vielleicht auch mal schmerzliche Kompromisse machen und auf Europa zugehen. Das würde unser Verhältnis zu Europa verbessern und klären. So können wir Horizon Europe und all die anderen wichtigen Vorteile für Forschung, Bildung, Wirtschaft und Kultur retten, nicht mit einem nett gemeinten Konzil. In diese Richtung hat ja auch Oliver Thommen sehr zu Recht argumentiert, dass das in Bern, im Bund passiert und dass die SP dort Gelegenheit hat, die Europa-Zusammenarbeit voranzubringen.

Dennoch, die Fraktion hat ein Plus in der Kreuztabelle eingetragen. Wir empfehlen Ihnen, den Anzug der SP zu überweisen, auch wenn er dem Wahlkampf geschuldet ist. Er ist immerhin ein symbolischer Schritt auf Europa zu, den wir durchaus gehen können und dem wir uns nicht verschliessen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Vielen Dank für Ihr Plädoyer für Symbolpolitik. Wie hoch schätzen Sie auf einer Skala von 0 bis 100 die Chancen der Umsetzung dieser symbolischen Aktion ein?

David Wüest-Rudin (GLP): Keine Ahnung, aber in der Politik sind manchmal auch Symbole wichtig. Ich weiss es nicht, das wird sich dann zeigen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat der Anzugssteller Christian von Wartburg das Wort.

Christian von Wartburg (SP): Ihre Voten heute sind das beste Beispiel dafür, dass in einer Zusammenkunft, nämlich einem Konzil, geballtes Wissen zusammenkommt, das dann die bescheidenen Recherchen eines kleinen Parlamentsmitgliedes ersetzt und doch einige Konturen gibt für eine Idee, die mich nach wie vor umtreibt und an der ich nach wie vor bei all Ihren Vorwürfen bezüglich Symbolpolitik und Wahlkampf eine grosse Freude habe. Und ich werde hier stehen bleibe trotz aller Minuspunkte, die Sie in der Kreuztabelle hinterlassen haben. Denn Sie können mir glauben, so wahr ich hier stehe, ich bin ein Europäer. Ich kämpfe für Europa und Europa ist mir wirklich wichtig, und das unabhängig von irgendeinem Wahlkampf oder irgendeinem Mandat oder sonst irgend etwas.

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa war geprägt von Krieg, Intoleranz, Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und Terror. Die zweite Hälfte war geprägt von der Idee, dass Völker sich über Grenzen hinweg stützen, in Respekt und Würde miteinander leben. Heute herrscht nicht nur wieder Kriege in Europa, die europäische Idee ist immer wieder von verschiedener Seite in Gefahr gebracht. Ich glaube, es ist nötig, dass wir in Basel, mitten in Europa, unsere historische Verantwortung mit unseren bescheidenen Möglichkeiten wahrnehmen. Was ich vorschlage, zusammen mit Lisa Mathys, ist nichts weniger als die Fortführung eines Dialogs. Sie können darüber spotten, solange Sie wollen, Sie können auch nachher Nein stimmen in Ihrer Selbstzufriedenheit. Ich sage Ihnen aber etwas: Nur über Dialog findet unsere Gesellschaft zu Lösungen. Und wenn Sie meinen, Sie können das delegieren – «ja das müssen die anderen machen, Dialog ist nicht unsere Aufgabe» – und die ganze Geschichte wegputzen, so sei das Ihr gutes Recht Ihr gutes parlamentarisches Recht. Ich rufe Sie aber auf zum Dialog.

Und André Auderset, wir haben ja heute eine Kläranlage, wir werden es wohl aushalten, wenn wir Gäste empfangen hier in unserer Stadt. Wir werden es wohl aushalten. Wenn wir für eine halbe Milliarde ein Messezentrum bauen, sollten wir es auch nutzen, diese leeren Hallen nutzen und mit Gesprächen füllen zu einem Thema, das mir am Herzen liegt, und ich weiss es, Ihnen allen auch. Wenn wir eine Reihe von Gesprächen, Vorträgen, Runden Tischen, Konferenzen, Vorlesungen durchführen vielleicht auch europäisch erlebbar machen, dann tragen wir etwas Kleines bei zu diesem grossen Projekt Europa, Europäische Union, das mir am Herzen liegt, das mir, mitten in Europa, aber am Rand der Schweiz, am Herzen liegt. Und wenn wir dann 18 Jahre lang solche Vorlesungen organisiert und solche solche Gespräche geführt haben, dann lasse ich mich gerne belehren, wenn es nichts gebracht hat. Aber erst dann.



In diesem Sinne überlegen Sie es sich doch noch einmal, ob sie nicht doch dieser Idee in diesem Geist zustimmen können. Ich würde mich freuen und danke für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor, eine von Lorenz Amiet, die andere von Oliver Thommen. Nehmen Sie beide an. Sie werden angenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Ist das Ihr Verständnis vom hochgelobten Dialog, wenn Sie zunächst all jene, die eine andere Meinung haben, gleich selbstzufrieden nennen?

Christian von Wartburg (SP): Wenn die Voten selbstzufrieden sind, dann ist es eben Teil des Dialogs, dies zu benennen und wir finden dann sicher Lösungen zusammen, dass sie wir in einem konstruktiven Dialog uns weiter bewegen können.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): In Strassburg tagt der Europarat. Ist das das Gegenkonzil zu dem in Basel?

Christian von Wartburg (SP): Wie gesagt, das geballte Wissen hilft das Wort Konzil zu erläutern, verstanden als Zusammenkunft, in einem viel weiteren Kontext von Menschen, die sich in Krisen zusammengefunden haben, mal mehr mal weniger erfolgreich, mal mit Gegenkonzil, mal ohne, mal mit und mal ohne Papst. Ich habe Ihnen allen sehr aufmerksam zugehört.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt es gibt eine dritte Zwischenfrage von David Jenny. Nehmen Sie sie auch an? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Die einfache Frage, ob Sie sich zum Papst wählen lassen würden, stelle ich nicht. Sie haben das Europa der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelobt und keine Differenzierung gemacht. Schliessen Sie auch das Europa auf der anderen Seite des eisernen Vorhangs und der dortigen Regimes ein?

Christian von Wartburg (SP): Zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehören auch der Fall der Mauer und die Entwicklungen in Osteuropa.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung. Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

35 Ja, 56 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001679, 19.10.23 11:21:50]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug nicht zu überweisen. Der Anzug ist erledigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 56 Nein-Stimmen bei 35 Ja-Stimmen und ohne Enthaltungen.



22. Anzug 8 Johannes Sieber und Béla Bartha betreffend Stärkung der Rahmenbedingungen für die Film- und Kreativwirtschaft im Zusammenhang mit «Lex Netflix»

[19.10.23 11:22:06, 23.5392.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

23. Anzug 9 Joël Thüring betreffend Aufwertung für Gewerbe und Tourismus: Ein Taxistandplatz in Fussdistanz zum Marktplatz

[19.10.23 11:22:29, 23.5398.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

24. Anzug 10 Nicole Kuster und Konsorten betreffend Aufwertung der Uferböschung des Grossbasler Rheinufer durch den Bau von Baumterrassen

[19.10.23 11:22:55, 23.5414.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

25. Anzug 11 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelte sowie ökologisch aufgewertete Verkehrsinseln und Verkehrskreisel

[19.10.23 11:23:17, 23.5422.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.



26. Anzug 12 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend einfachere Umsetzung Begegnungszonen

[19.10.23 11:23:42, 23.5423.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Im Namen der LDP und der FDP bitte ich Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

Die Anregung, eine Begegnungszone in einem Wohnquartier zu schaffen, kommt heute aus den Wünschen der Anwohnerinnen und Anwohnern einer jeweiligen Strasse heraus. Das ist auch gut so, absolut bedarfsgerecht. Eine Top-Down-Mentalität ist kein Weg zu einer nachhaltigen Transformation. Da ist der Unmut unterschiedlichster Anwohnenden vorprogrammiert. Menschen fühlen sich übergangen ohne Abklärung ihrer Bedürfnisse. Es braucht wenn schon, und das nicht nur in diesem Thema, ein gesellschaftliches Umdenken.

Gleichzeitig besteht die Gefahr einer unmässigen Begehrlichkeit einzelner, dass dann jede 30er-Zone in eine Begegnungszone umgewandelt werden soll. Das hingegen finde ich eine gefährliche Entwicklung in die falsche Richtung. Eine Begegnungszone ist eine Spielstrasse mit allen Vor- und Nachteilen. Ich möchte nicht wissen, wie in unserer Stadt reagiert wird – und das ist jetzt vielleicht vielleicht ein bisschen überspitzt ausgedrückt –, wenn plötzlich der Löschheli einen Brandherd bekämpfen muss oder wenn der Rettungsheli Patienten ausfliegen muss oder sogar per Helikopter Waren angeliefert werden müssen, nur weil in gewissen Strassen oder sogar ganzen Gebieten kein Zukommen mehr gewährleistet ist. Lasst Begegnungszonen im Bedürfnis der Anwohnenden sein, die Benutzenden werden es Ihnen danken. Ich bitte Sie daher, den Anzug nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Also mir ist nicht bekannt, dass Helikopterflüge stark zugenommen hätten, obwohl es mehr Begegnungszonen gibt. Das finde ich jetzt doch ein bisschen weit hergeholt. Ich stehe hier, um Ihnen zu empfehlen, diesen Anzug zu überweisen und mit mir wird das auch die SP-Fraktion tun. Das angesprochene Problem ist tatsächlich nicht neu und wir sind froh, dass die GLP das anstösst. Es ist schlicht und einfach zu aufwendig und schreckt viele Strassengemeinschaften ab, eine Begegnungszone anzuregen. Ich erinnere mich auch an einige Diskussionen in der UVEK, wenn es darum ging, bei einer Umgestaltung eine effektive und einfache Verkehrsberuhigung herbeizuführen, beispielsweise rund um einen neu gestalteten Quartierplatz. Begegnungszonen wären oft eine sinnvolle Lösung, die aber nicht weiterverfolgt werden, weil sie eben von den Anwohnenden gewünscht werden müssen. Da liegt der Vorschlag natürlich nahe, den herrschenden Bottom-Up-Ansatz umzukehren, so dass sich die Anwohner nur dann engagieren müssen, wenn sie eben keine Bewegungszonen wollen, zumindest in Strassen, die sich dafür richtiggehend aufdrängen, weil sich sowieso schon sehr viel Leben auf der Strasse abspielt und wenig Autos durchfahren. Damit würde niemand übergangen. Man darf davon ausgehen, dass am Ende eine grosse Mehrheit der unmittelbaren Nachbarschaft mit der Umgestaltung zufrieden wäre.

Und wenn wir gerade dabei sind, möchte ich noch anregen, auch die Gestaltung der typischen Basler Begegnungszone bei dieser Gelegenheit zu überdenken. Unserer Meinung nach gäbe es spannendere Umsetzungen als einfach ein paar Betonkübel, Sitzbänke und ein Tempo 20-Schild an jedem Ende hinzustellen. Das wäre sogar ein selbstverstärkender Prozess, denn wenn die Begegnungszonen ansprechender gestaltet wären mit richtigen Grünflächen, lauschigen Plätzchen und hübschen Aufenthaltsorten, dann wäre es bestimmt einfacher, die Bevölkerung davon zu überzeugen.

Übrigens sollten die Stadtklimainitiativen am 26. November angenommen werden, wären Begegnungszonen das allereinfachste Mittel, um eine der beiden Initiativen umzusetzen. Es gibt in Basel mehr als doppelt so viele Quartierstrassen in der Tempo 30-Zone, die man in Begegnungszonen umwandeln könnte als für die Zukunftsinitiative nötig wären.

Mit dieser optimistischen Aussicht bitte ich Sie, den Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Patrizia Bernasconi.



Patrizia Bernasconi (GAB): Ich staune über den Widerstand gegen diesen Vorstoss. Es ist ein Vorstoss unter vier anderen Vorstössen, die ein Paket bilden, das wir eigentlich als selbstverständlich erachten. Es ist etwas, das schon seit längerer Zeit hätte kommen sollen und wir sind der Meinung, dass da muss vorwärtsgemacht werden muss.

Verkehrsberuhigende Massnahmen wie die Begegnungszonen bringen mehr Lebensqualität in den Quartieren. Sie führen zu tieferen CO₂-Emissionen und das entspricht dem Ziel, bis 2037 einen klimaneutralen Kanton Basel-Stadt zu haben. Begegnungszonen könnten auch eine Neugestaltung des Strassenraums ermöglichen, wenn wir das nur wollten. Sie ermöglichen zum Beispiel auch die Entsiegelung und womöglich auch die Pflanzung von Bäumen. Da sollte sich die SVP eigentlich mit uns freuen. Deshalb verstehe ich den Widerstand nicht, denn die Schaffung von mehr Grünraum beschränkt sich nicht nur auf Entwicklungsareale, sondern bezieht sich auch auf die Neugestaltung von Strassenraum, nämlich bei Begegnungszonen.

Wir finden diesen Anzug, bei dem es um Prüfen und Berichten geht, gut geeignet, um die Schaffung von Begegnungszonen voranzutreiben. Deshalb stimmen wir diesem zu.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist der Roger Stalder.

Roger Stalder (SVP): Die SVP bittet Sie, den Anzug abzulehnen. Es ist vieles gesagt worden von der LDP und der FDP, dem wir uns anschliessen können. Was für uns gar nicht geht, ist, dass man aus dieser Strategie, in der die Begegnungszonen zwar enthalten sind, einfach wie die GLP folgern kann, dass man die Demokratie herunterfahren muss, indem man auf ein einfaches Mehr geht und sogar noch darum bittet, dass es vielleicht sogar geht, dass der Kanton das selber bestimmen könnte. Das lehnen wir natürlich kategorisch ab, das wollen wir nicht, und darum bitten wir Sie, den Anzug abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): Vielleicht können sich einige von Ihnen noch erinnern, als unmittelbar nachdem dieses Parlament die völlig ungenügenden Gegenvorschläge zu den Stadtklimainitiativen versenkt hat, Kollege David Wüest-Rudin hier noch vorne ans Redepult gestürmt ist und sich scheinbar fassungslos darüber empört hat, dass die SVP doch nicht eine so zuverlässige Partnerin für Stadtklimapolitik ist und uns, die wir die Stadtklimainitiativen unterstützten, schon einmal vorsorglich die Spaltung der Bevölkerung vorgeworfen hat, wenn denn die Stadtklimainitiativen angenommen werden sollten.

Es war schon damals klar, dass dieses Austeilen nach links und nach rechts vor allem über das eigene stadtklimapolitische Versagen hinweg täuschen sollte. Ihre Regierungsrätin und auch Sie als GLP-Fraktion haben tatsächlich das Kunststück fertiggebracht in diesem klimapolitischen Thema, wo die GLP ja bekanntermassen in der komfortablen Lage ist, sich sowohl im Regierungsrat wie auch in diesem Parlament aussuchen zu können, mit welcher Seite Sie die Mehrheit bilden möchte, komplett ohne Mehrheit vom Feld zurückgekehrt ist. Das muss man erst einmal fertig bringen.

Die GLP hätte gestalten können, tat es aber wohl aus vermeintlicher Rücksichtnahme auf ihre eigene Regierungsrätin nicht. Ihr machtpolitisches Taktieren hat sie in die sachpolitische Sackgasse geführt. Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass die GLP, wenn es machtpolitisch hart auf hart kommt, selbst klimapolitische Prinzipien über Bord wirft und ohne Zögern die Zusammenarbeit mit den Klimawandelverharmlosern der SVP sucht, mit einer Fraktion, in der Leute sitzen, die sich Jahr für Jahr pünktlich auf die ersten Hitzetage auf Social-Media darüber lustig machen, ob das nun der Klimawandel oder das Wetter sei. Und mit solchen Leuten machen Sie statt Klimapolitik. Ich finde das ungeheuerlich. Und machen wir uns nichts vor: Die Hälfte der SVP-Fraktion hat dem Gegenvorschlag nicht deshalb zugestimmt, weil sie urplötzlich mehr Bäume und mehr Langsamverkehr in Basel wollte, sondern weil sie sich von der GLP hat überzeugen lassen, dass diese Gegenvorschläge die wirksamsten Instrumente sind, um das Anliegen zu bekämpfen.

Liebe GLP, wenn Sie in diesem Kanton klimapolitisch wirklich mitgestalten und etwas voranbringen wollen, müssen Sie manchmal die Machtpolitik hinter die Sachpolitik anstellen. Wenn es sein muss, müssen Sie halt auch mal ihrer eigenen Regierungsrätin widersprechen. Das ist nicht angenehm, weder für Ihre Regierungsrätin noch für noch für sie. Ich weiss das, und ich weiss das deshalb, weil, wenn unser Regierungsrat mal einen ungenügenden Vorschlag vorlegt und vertritt, wir von der SP hier vorne stehen und den Gegenantrag stellen. Und wenn unser Regierungsrat dann vielleicht auch noch schwach argumentiert, dann widerspreche ich hier vorne nötigenfalls in einer Deutlichkeit, dass mich der Präsident nur deshalb nicht zur Ordnung ruft, weil sich meine Kritik gegen meinen eigenen Regierungsrat richtet. Das ist der Unterschied zwischen Machtpolitik und Sachpolitik. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

Es ist überdeutlich spürbar, dass es für Sie in der aktuellen Lage, in die Sie sich hineinmanövriert haben, nicht angenehm ist. Sie haben längst gemerkt, dass sie auf dem Holzpfad sind. Sie haben zwar still und heimlich die zwei Mal Nein-Parole zu den Stadtklimainitiativen beschlossen, lassen aber jede weitere Konsequenz vermissen und sind nicht in das zwei Mal Nein-



Komitee eingetreten. Sie sind auf Tauchstation gegangen und hoffen wohl, dass der bevorstehende Abstimmungskampf möglichst wenig mit Ihnen zu tun hat. Auch dass Sie nun zur Reputationsrettung auf diesen Schlamassel eine wahre Vorstossflut zum Thema Stadtklimapolitik folgen lassen, ist nicht überraschend. Zu Recht plagt Sie das schlechte Gewissen.

Nun sind aber diese Vorstösse inhaltlich alle unterstützenswert und ich finde auch – und ich möchte das betonen –, dass meine liebe UVEK-Kollegin Brigitte Kühne eine authentische und glaubwürdige Absenderin dieser Vorstösse ist. Wer weiss, wäre sie im letzten Frühling in der entscheidenden Wochen nicht ausbildungsbedingt im Ausstand gestanden, wäre die GLP heute vielleicht nicht in so einer unangenehmen Lage. Ich möchte Sie deshalb bitten, alle diese Vorstösse zu überweisen, möchte aber auch darauf hinweisen, dass wird die wirklich dicken klimapolitischen Bretter erst mit der Zustimmung der Stimmbevölkerung am 26. November zu den bei den Stadtklimainitiativen schaffen werden, und diese Abstimmung werden wir gewinnen. Wenn nicht, bezahle ich Ihnen allen in der ersten Dezembersitzung den Kaffee, auch der GLP.

Claudio Miozzari (SP): Es gibt ein paar Zwischenfragen. Nehmen Sie sie an? Sie sind von Pascal Messerli, Franz Xaver Leonhardt, Joël Thüring und Daniel Seiler. Sie werden alle angenommen. Erste Zwischenfrage von Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben nun mehreren Parteien einen Vorwurf gemacht. Wenn der aktuelle Zustand in Basel-Stadt so schlimm ist, möchte ich wissen, wie lange die SP das BVD in ihrer Hand hatte und warum Sie nicht gestaltet hatten. Ging es Ihnen dort auch um Machtpolitik?

Daniel Sägesser (SP): Wir hatten hier in diesem Parlament schlicht nicht die Mehrheit. Ich erinnere mehrere Abstimmungen, wo uns dann die Grünflächen wieder aus den Vorlagen gestrichen wurden.

Claudio Miozzari (SP): Dann ist die Reihe an Franz Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich wollte eigentlich die gleiche Frage stellen wie Pascal Messerli, weil diese Angriff an die aktuelle Regierungsrätin finde ich doch sehr massiv. Ich wollte fragen, welche Partei die letzten 24 Jahre dieses Departement innehatte.

Daniel Sägesser (SP): Wir brauchen nicht nur in der Regierung die Macht, sondern auch in diesem Parlament, und ich verweise noch einmal darauf, dass unzählige Vorlagen chancenlos blieben, wenn es darum ging, mehr Bäume und weniger Parkplätze zu haben.

Claudio Miozzari (SP): Die nächste Zwischenfrage ist von Daniel Seiler.

Daniel Seiler: Wenn Ihr ja wisst, dass Ihr die Abstimmung hier gewinnt, dann können wir das jetzt streichen, dann kommt das je nächstes Jahr.

Daniel Sägesser (SP): Nein, ich finde, die Vorstösse machen inhaltlich und auch politisch absolut Sinn, denn wenn wir die Abstimmung gewonnen haben werden, haben wir diese Vorstösse bereits überwiesen und können sie einfach nur noch umsetzen.

Daniel Sägesser (SP): Nein, ich finde, die Vorstösse machen inhaltlich und auch politisch absolut Sinn, denn wenn wir die Abstimmung gewonnen haben werden, haben wir diese Vorstösse bereits überwiesen und können sie einfach nur noch umsetzen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: BNächster Einzelsprecher ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Sie können sich ja vorstellen, dass wir das nicht einfach so stehenlassen können. Ungeheuerlich ist nicht das Verhalten der GLP, ungeheuerlich sind die Vorwürfe, die hier kommen. Auf die 24 Jahre SP-Baupolitik, die es nicht geschafft hat, vorwärts zu machen mit dem Grünraum, wurde schon verwiesen. Und es ist billig, hier einfach auf das



Parlament zu verweisen. Es gibt genügend Beispiele, bei dem wir mehr Grünraum absolut unterstützt haben. Da kam einfach von der Regierung zu wenig. Pascal Messerli und andere haben das in Zwischenfragen auch angedeutet.

Aber ich muss eigentlich auf einen anderen Punkt eingehen. Lieber Daniel Sägesser, lieber SP, es war nicht unsere Machtpolitik und fehlende Sachpolitik, sondern es war Ihre Machtpolitik, die die Sachpolitik verhindert hat. Sie waren in der UVEK, die unerfüllbare Forderungen gestellt hat, die einen unerfüllbar hohen Gegenvorschlag formuliert hat. Sie waren die, die den Keil getrieben haben und nicht bereit waren, einen Schritt mehr entgegenzukommen. Sie waren die, die sich jetzt aufplustern und sagen, jetzt drücken wir die Macht durch, vor dem Volk werden wir schon Recht bekommen, wir bieten nicht Hand für einen Kompromiss. Wir haben Hand geboten für einen Kompromiss. Wir haben Sachpolitik gemacht, wir haben gesagt, wir müssen etwas machen, was eine Mehrheit findet, dass wir nicht in diese machtpolitische Auseinandersetzung kommen, die dann knapp ausfällt und bei dem dann alle irgendwie unzufrieden sind.

Deswegen haben nicht wir ein schlechtes Gewissen, wahrscheinlich haben eher Sie ein schlechtes Gewissen, dass Sie hier mit solchen Vorwürfen kommen müssen. Es ist wahrscheinlich eher eine Reaktion auf Ihr Versagen, dass Sie hier vor dem Mikrofon so auftreten müssen. Und wir haben gesagt, nach dem Scherbenhaufen dieser Grossratsdebatte, nach dem Scherbenhaufen, bei dem uns auch die bürgerliche Seite, das sei noch einmal gesagt, im Stich gelassen hat, nach diesem Scherbenhaufen haben wir jetzt reagiert. Wir wollen gewisse Forderungen durchgesetzt sehen. Wir wissen nicht, wie die Abstimmung ausgehen wird. Wenn das Ganze abgelehnt wird, dann wollen wir trotzdem Fortschritte erreichen in der Stadtklimapolitik. Deswegen auch die Vorstösse von Brigitte Kühne. Und deswegen, das haben wir schon damals angekündigt, werden wir Motionen einreichen, die genau diesen Gegenvorschlag noch einmal zum Gegenstand haben werden. Die Motionen werden nach der Abstimmung kommen und wir werden dann nochmal entscheiden können, ob wir dann nicht doch den pragmatischeren, besseren und realisierbaren Gegenvorschlag umsetzen wollen statt die viel zu hoch greifenden Initiativen.

Also nochmal es war Ihre Machtpolitik, Ihr Verweigern, einen Kompromiss einzugehen, der uns in diese Situation geführt hat. Wir versuchen nur, das zu retten, was jetzt sinnvoll noch zu retten ist.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen, die eine von Daniel Sägesser, die andere von Lisa Mathys. Sie werden beide angenommen.

Daniel Sägesser (SP): Ich bin noch nicht so lange in diesem Parlament. Ich kann mich aber noch an die Debatte erinnern, an... jetzt kann ich mich nicht mehr an die Strasse erinnern...

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Am besten sich vorher überlegen, was man fragen will und sich bitte danach melden.

Daniel Sägesser (SP): Es ging um die Hardstrasse, genau. Ich kann mich sehr gut an die die Debatte um die Hardstrasse erinnern. Wir wollten damals mehr Bäume und weniger Parkplätze. Wie hat die GLP-Delegation damals die Mehrheit bestimmt?

David Wüest-Rudin (GLP): Sie werden immer Einzelfälle finden, bei denen wir etwas anderes entschieden haben. Es gab immer Forderungen, die dann jeweils zu weit gingen oder unrealistisch waren. Aber wir haben immer gesagt, wir wollen pragmatisch auf diesem Weg weitergehen, mehr Grün, mehr Bäume, mehr Entsiegelung. Aber wir erfüllen nicht unrealistische Forderungen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): David Wüest-Rudin, Sie werfen uns vor, wir hätten nicht Hand zu einem Kompromiss geboten. Bezeichnen Sie es mit gutem Gewissen als Kompromiss, wenn etwas vorliegt, das die Forderung der Initiative bezüglich Behandlung des öffentlichen Strassenraums in die Transformationsareale verschiebt. Das war Ihr Vorschlag, aber das hat nichts mit einem Kompromiss zu tun. Warum werfen sie das nun uns vor?



David Wüest-Rudin (GLP): Was als Gegenvorschlag vorlag, war deutlich mehr als das, was aktuell in Planung und vorgesehen ist. Es geht sogar über das Stadtklimakonzept des Regierungsrats hinaus. Es ist ein Kompromiss zu den Forderungen der Initiative, ob er jetzt zu weit geht oder zu wenig ist, ja darüber kann man noch diskutieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Nach dem schäumenden Votum von Daniel Sägesser, das wirklich wahnsinnig unfundiert war, muss ich auch sagen, dass der Angriff auf die SVP mehr als schäbig ist. Daniel Sägesser, ich möchte Sie hinsichtlich Zwischenfrage von Pascal Messerli nicht nur daran erinnern, dass Sie schon seit 18 Jahren die Mehrheit in der Regierung haben, sondern dass Sie mit links-grün auch die entscheidenden Departemente in der Klimapolitik dieses Kantons seit Jahrzehnten innehaben. Sie haben das Bau- und Verkehrsdepartement mit Hans-Peter Wessels jahrelang geführt, das Finanzdepartement, das in der Stadtentwicklung eine wichtige Rolle innehat, ist seit Jahrzehnten in SP-Hand und auch das Umweltdepartement ist seit Jahrzehnten in SP-Hand.

Joël Thüring (SVP): Und wenn eine Regierung in der Klimapolitik in diesem Kanton versagt hat, dann war es die Regierung unter Ihrer Federführung. Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis. Sie können sich nicht herausreden und sagen, im Parlament hätte es andere Mehrheitsverhältnisse gegeben. Erstens stimmt das so in diesen Punkten überhaupt nicht und zweitens haben Sie aktiv nichts dafür unternommen, dass es besser wird. Im Gegenteil, die SVP musste es aktiv verhindern, dass es schlechter wurde. Ich möchte Sie daran erinnern, dass es die SVP war, und nicht die SP, die zusammen mit den Grünen die Stadtrandentwicklung Ost und Süd gebodigt hat, eine Entwicklung, die Grünflächen vernichtet hat.

Jetzt ist es die SVP in Riehen, die seit Jahren dafür kämpft, dass das wichtige Naherholungsgebiet wie das Moostal dort so erhalten bleibt. Es war die SVP, die sich vor einiger Zeit dafür eingesetzt hat, dass die Freizeitgärten in der bestehenden Form erhalten bleiben können. Überall dort, wo konkrete Grünflächen erhalten und Klimaschutzmassnahmen realisiert werden können, ist es meistens die SVP und nicht die SP, die Hand bietet für Lösungen, übrigens teilweise gegen die eigene Regierung, gegen die Regierung Ihrer Mehrheit, wie zum Beispiel bei der Stadtrandentwicklung.

Also hören Sie auf mit dieser Märchenstunde, dass die SVP sinnvolle und griffige Klimamassnahmen ablehnt. Was wir ablehnen, ist einerseits Klimasozialismus, das ist das, was Sie hier in diesem Kanton einführen wollen. Sie wollen unsere Bürgerinnen und Bürger mit radikalen Massnahmen immer ärmer machen. Wegen Ihrer Politik haben unsere Leute Ende des Monats weniger im Portemonnaie, weil man sie zwingt, Heizungen rauszureissen, und weil man sie zwingt mit einer Missraten in Energiepolitik, immer mehr für den Strompreis zu bezahlen. Denn Sie sind einseitig ideologisch sind.

Wir haben ein Problem mit diesem Vorstoss aus einem ganz einfachen Grund: Wenn Sie den Vorstoss nämlich noch einmal richtig lesen von Brigitte Kühne würden Sie sehen, dass sie ein bis jetzt etabliertes demokratisches System zur Errichtung solcher Begegnungszonen aushebeln möchte. Sie möchte diesen Prozess vereinfachen und beschleunigen, und das geht nur, wenn Sie entsprechend auch in diesem Prozess gewisse Mechanismen abbauen. Sie beschreiben einen, Sie wollen von der Zweidrittelsmehrheit zu einer einfachen Mehrheit gehen und Sie suggerieren letztlich auch, dass man das allenfalls auch noch erreichen kann, indem man die Einsprachemöglichkeiten verringert. Das ist die eine einzige Möglichkeit, die Sie erreichen könnten, wenn Sie möchten, dass etwas schneller etabliert wird.

Dagegen wehren wir uns, dass dieses demokratische System unterwandert wird und deshalb sind wir gegen diesen Vorstoss. Daniel Sägesser würde ich wirklich bitten, in Ihre eigene Parteihistorie zu gehen und zu schauen, wer in den letzten 20 oder 25 Jahren in diesem Kanton federführend in diesen Departementen war. Dann müssten Sie sich vielleicht eher schäumend über Ihre eigene Partei aufregen und wenig über die SVP, die in der Opposition ist und gar nicht so viel Gestaltungsmöglichkeit hat, wie Sie.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ja, es ist so, und ich glaube, das würde gar niemand hier drin bestreiten. Es wurde in den letzten Jahren zu wenig für das Stadtklima gemacht. Das ist Tatsache. Diese Verantwortung können sich die Regierung und das Parlament teilen. Das Parlament hat sich erneuert, die Regierung hat sich erneuert, und man muss fairerweise sagen, das Bewusstsein für stadtklimatische Aspekte hat sich über die letzten Jahre einfach noch einmal deutlich verändert. Ganz so einfach, wie Sie es sich machen, Daniel Sägesser, ist das nicht.

Jetzt haben wir Gelegenheit, das zu ändern. Die Regierung hat bedeutende Weichen gestellt, nicht nur was das Stadtklima anbelangt mit dem Stadtklima-Masterplan auch mit den Mobilitätszielen, auch mit der Klimastrategie. Und da komme ich zum nächsten Punkt und versuche den grossen Bogen, den wir jetzt aufgrund dieses Vorstosses hier thematisch gemacht haben,



auch wieder ein bisschen auf diesen Anzug zu lenken. Wir brauchen Werkzeuge. Wir brauchen nicht noch einmal ein Ziel, sondern wir brauchen Werkzeuge. Und das hier ist ein Werkzeug, wie man Dinge schneller umsetzen kann. Es ist etwas, was Sie auch immer wieder fordern, wenn Sie sagen, «seid nicht so bürokratisch werdet schneller».

Es ist mir wichtig, das hier noch einmal darzustellen oder zu sagen, weil Daniel Sägesser das auch erwähnt hat. Die Regierung teilt die Stossrichtung der Stadtklimainitiativen, also mehr aktive Mobilität, mehr ÖV, mehr Grünraum, das teilt die Regierung. Es ist eine Frage der Frist. Da möchte ich nochmal ganz klar sagen, dass wir den Fernwärmeausbau gefährden, wenn wir hier zu viel reinpacken wollen. Um die Ziele der Mobilitätsstrategie zu erreichen, um auch die Ziele bezüglich Begegnungszonen zu erreichen, brauchen wir eben Werkzeuge. Deshalb unterstützt die Regierung die Überweisung dieses Anzugs. Wir brauchen ganz konkrete Projekte, Werkzeuge. Und das ist der Regierung wichtig, damit wir schneller vorwärtsmachen können.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tonja Zürcher. Sie wird angenommen.

Tonja Zürcher (GAB): Sie haben wieder die Frage der Fernwärme aufgeworfen. Ist es nicht die Aufgabe ihres Departements, Ihrer Fachpersonen, die Koordination sicherzustellen und das so zu machen, wie es in anderen Städten auch möglich ist, nämlich die Synergien zu nutzen.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir werden koordinieren, wir werden Synergien nutzen. Wenn aber ein grossflächiger Umbau gefragt ist, gibt es Einsprachemöglichkeiten, gibt es eine längere Planung, und das braucht Zeit.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nun hat die Anzugsstellerin Brigitte Kühne das Wort.

Brigitte Kühne (GLP): Nach all diesen Voten halte ich mein Votum in aller Ruhe, und zwar für die Sachpolitik. Ich freue mich sehr, als frisch diplomierte Landschaftsarchitektin nun Gas geben zu dürfen, genau darin, in der Sachpolitik.

Für uns Grünliberale ist klar: Begegnungszonen in den Quartieren von Basel sind eine Erfolgsgeschichte und sind gut etabliert. Unterdessen gibt es schon mehr als 90 von ihnen. Sie führen zu mehr Wohnqualität dadurch, dass sie Fussgängervortritt haben gegenüber Autos und Velos (obwohl sich dessen wohl noch nicht alle bewusst sind, wenn man die Begegnungszone vor dem Rathaus betrachtet). Aufgrund der Entscheidung der Basler Stimmbevölkerung vom letzten November zu Netto Null bis 2037, der Mobilitätsstrategie des Bau- und Verkehrsdepartements von 2023 sowie dem im Stadtklimakonzept ausgewiesenen Handlungsbedarf für Klimaanpassungsmassnahmen ist es nun Zeit. Regierungsrätin Esther Keller hat es gesagt, es ist an der Zeit, den Prozess zum Einrichten und Gestalten von Begegnungszonen zu vereinfachen und zu beschleunigen. Zukünftig soll, ergänzen zur heutigen Antragsmöglichkeit, der Kanton Basel-Stadt geeignete Strassen identifizieren und den Prozess zur Umwandlung in eine Begegnungszone selbst vorantreiben können. Dabei berücksichtigt der Kanton auch Initiativen aus den Quartieren, von denen wir nota bene einige hatten in den letzten Jahren. Wichtig bleibt nach wie vor, die betroffene Quartierbevölkerung des entsprechenden Strassenabschnittes mit einzubeziehen.

Mit diesem Vorstoss wird niemandem etwas weggenommen, im Gegenteil. Vielleicht ist man etwas langsamer unterwegs in den Quartieren. Das mag stimmen, aber etwas Entschleunigung zugunsten von Kindern und älteren Menschen ist wichtig und fördert schlussendlich die Lebensqualität von uns allen.

Und dann noch ein kleines PS: Es sind sogar 24 Jahre. 24 Jahre wurde die Baudirektion von der SP geführt nicht 20, Jahre wie Joël Thuring erwähnt hat. Besten Dank für die Überweisung dieses Anzuges.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Nicole Strahm-Lavanchy. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001685, 19.10.23 11:57:34]



Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 60 Ja-Stimmen bei 33 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung. Nach dieser Abstimmung schliesse ich die Sitzung und wir treffen uns um 15 Uhr wieder.

Schluss der 32. Sitzung

11:57 Uhr